

WOLFGANG SANDER

Friede für Europa – aber wie?

Ein Wochenendseminar für die politische
Erwachsenenbildung

Vorbemerkung

Das im folgenden vorgestellte Wochenendseminar ist die überarbeitete Version zweier Veranstaltungen, die im Herbst 1985 von der Arbeitsgemeinschaft »Arbeit und Leben« von Volkshochschule und DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) im Vogelsbergkreis (Hessen) durchgeführt wurden. Äußerer Anlaß für dieses Bildungsangebot war die intensive Manövertätigkeit von NATO-Streitkräften im Gebiet des Vogelsbergkreises, die zu Unruhe und anhaltenden Diskussionen in der Bevölkerung geführt hatte. Die Wochenendseminare sollten Interessierten die Gelegenheit geben, sich über Hintergründe der gültigen friedens- und sicherheitspolitischen Position der NATO (Organisation der Signaturmächte des Nordatlantikpaktes) sowie über denkbare Alternativen zu orientieren.

Zielgruppe waren Arbeitnehmer aus der Region, wobei es sich bei den Teilnehmern der Seminare überwiegend um gewerkschaftlich engagierte und politisch interessierte Arbeitnehmer handelte. Bei der Planung konnte deshalb sowohl ein relativ ausgeprägtes allgemeinpolitisches Interesse der Teilnehmer als auch eine relativ hohe Motivation, sich intensiver mit Problemen der Friedenspolitik auseinanderzusetzen, vorausgesetzt werden. Beides spiegelt sich in der hier dokumentierten Version sowohl im Schwierigkeitsgrad einzelner Texte als auch im Gesamtumfang der Materialien wider. Bei anderen Adressatenkreisen dürften unter Umständen Reduzierungen angezeigt sein. Bezüge zur regionalen Situation, die in der ursprünglichen Planung eine gewisse Rolle spielten, wurden bei der Überarbeitung zugunsten der besseren Übertragbarkeit in andere Kontexte gestrichen.

1. Zum Zusammenhang zwischen Friedens- und Europapolitik

Bis vor wenigen Jahren sind in der öffentlichen Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland Friedens- und Europapolitik als voneinander getrennte Bereiche der (Außen-)Politik erörtert worden. Dies hängt nicht zuletzt mit einer in der Bundesrepublik weithin üblichen Reduktion beim Gebrauch des Europabegriffs zusam-

men: Gemeinhin wird »Europa« mit dem Europa der EG (Europäische Gemeinschaft) identifiziert, und als Problemfelder der »Europa-Politik« gelten die aktuellen Schwierigkeiten der westeuropäischen Zusammenarbeit in der EG¹. Friedenspolitik erscheint dagegen als eingebunden in das Koordinatensystem des Ost-West-Konflikts, genauer des Konflikts zwischen den Supermächten USA und UdSSR.

Auch wenn man in Rechnung stellt, daß die EG auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik keine eigenen Kompetenzen hat, ist diese Trennung selbst dann problematisch, wenn man Europapolitik nur in bezug auf die westeuropäische Integration sieht. Übersehen wird dabei, daß die westeuropäische Integration im Rahmen der EG selbst ein wesentliches und in seiner Wirkung ambivalentes Element im Koordinatensystem der Friedenspolitik nach 1945 war und ist. Auf der einen Seite spielte schon bei der Gründung der Montanunion das Motiv der Sicherung eines dauerhaften Friedens zwischen ehemals verfeindeten Staaten in Westeuropa eine entscheidende Rolle, ein Motiv, das – denkt man etwa an die deutsch-französische Aussöhnung – in den vergangenen 30 Jahren außerordentlich erfolgreich in praktische Politik umgesetzt werden konnte. Insofern ist die westeuropäische Integration im Rahmen der EG ein Stück konkreter Friedenspolitik². Auf der anderen Seite ist die westeuropäische Integration von Anfang an ein Teil des Ost-West-Konflikts in Europa gewesen. Sie hat die Blockbildung in Europa gefördert und das Bündnis der Westeuropäer mit den USA ökonomisch abgesichert.

Der zivile Charakter der EG ist historisch eher zufällig – er geht auf das Scheitern der EVG (Europäische Verteidigungsgemeinschaft) in der französischen Nationalversammlung in den fünfziger Jahren zurück – und wäre ohne die »Arbeitsteilung« mit der NATO kaum denkbar gewesen. Wenngleich die Mitglieder von EG und NATO auch in Westeuropa nicht völlig identisch sind, ist dieser Zusammenhang doch unübersehbar; er ist erst in jüngster Zeit durch die Koppelung zwischen

dem Beitritt Spaniens zur EG und dem Eintritt des Landes in die NATO wieder offenkundig geworden.

In den letzten Jahren wird nun der Zusammenhang zwischen Friedens- und Europapolitik auch unter einer konzeptionellen Perspektive wieder verstärkt diskutiert. Nachdem im Zuge der Entspannungspolitik der siebziger Jahre inner-europäische Spannungsursachen weitgehend abgemildert werden konnten, ist vielen Europäern angesichts der neuen Verhärtung im Verhältnis zwischen den Supermächten in den achtziger Jahren die Teilung Europas wieder schmerzlich bewußt geworden. Die Befürchtung der Europäer in Ost und West, sie könnten in einen Konflikt der Supermächte verwickelt werden, der in anderen Teilen der Welt seine Ursache hat, hat das Bewußtsein für Interessenunterschiede zwischen den europäischen Staaten und ihrer jeweiligen Führungsmacht geschärft.

So ist eine neue Diskussion über eine eigenständigere europäische Friedenspolitik in Gang gekommen, in der auch die Frage nach einer dauerhaften europäischen Friedensordnung jenseits der Blöcke neue Aktualität gewonnen hat³. Strittig ist allerdings auch unter den Befürwortern einer eigenständigeren europäischen Friedenspolitik, ob dies am ehesten über eine Stärkung des europäischen Pfeilers *innerhalb* der bestehenden Bündnissysteme oder aber über eine Revitalisierung des Gedankens von der Einheit *Mitteleuropas* und damit einer Herauslösung der mitteleuropäischen Staaten aus den beiden Blöcken möglich ist.

2. Zum didaktischen Konzept des Wochenendseminars

2.1 Intentionen und thematische Struktur

Absicht des Wochenendseminars ist es, Hintergründe einer aktuellen politischen Kontroverse – der um die Friedens- und Sicherheitspolitik – auszuleuchten, kontroverse Positionen zu verdeutlichen, alternative Vorschläge für eine zukünftige Politik in diesem Bereich zu prüfen und auf diesem Wege die rationale politische Urteilsfähigkeit der Teilnehmer zu fördern. Das Wochenendseminar setzt keinen gemeinsamen politischen Kontext der Teilnehmer voraus und zielt

1 Dies drückt sich u. a. auch in der Behandlung europäischer Fragen im schulischen Politikunterricht aus. So hat eine neuere Durchsicht von Schulbüchern und Lehrplänen für den Politikunterricht ergeben, daß »Europa« fast durchweg auf Westeuropa und hier überwiegend auf die EG beschränkt wird (vgl. Günter Renner/Wolfgang Sander/Frank Sygusch, Länderbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Unveröffentlichtes Arbeitspapier im Rahmen eines multinationalen Forschungsprojekts zur Behandlung europäischer Fragen in der politischen Bildung. Eine Zusammenfassung der Gesamtergebnisse dieses Projekts findet sich bei Wolfgang Sander, Politische Bildung im europäischen Zusammenhang. Untersuchungen aus Dänemark, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland, in: Internationale Schulbuchforschung, 1 (1985), S. 0; Zeitschrift des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung, hrsg. v. Ernst Hinrichs, Braunschweig.

2 Vgl. hierzu u. a. F.W. Baer-Kaupert, Die Europäische Gemeinschaft – eine Friedensgemeinschaft?, in: Institut für Europäische Lehrerbildung der Europäischen Akademie Berlin, Schriften Nr. VIII, Berlin 1983.

3 Vgl. u. a. Claude Bourdet/Alfred Mechttersheimer (Hrsg.), Europäisierung Europas: Zwischen französischem Nuklearnationalismus und deutschem Nuklearpazifismus, Baden-Baden 1984; Hans Günter Brauch, Perspektiven einer europäischen Friedensordnung, Berlin 1983; Christian Lutz: Europa – Ausweg aus dem Gleichgewicht des Schreckens, in: Sensor 2 (1984); Jochen Löser/Ulrike Schilling, Neutralität für Mitteleuropa. Das Ende der Blöcke, München 1984.

nicht auf ihr *gemeinsames* politisches Handeln⁴; wohl aber soll es die Teilnehmer dazu anregen, die eigene politische Position in der Auseinandersetzung mit bisher unbekanntem Hintergrundinformationen und mit anderen Positionen entweder auf eine besser begründete Basis zu stellen oder aber zu revidieren.

Im einzelnen soll mit diesem Wochenendseminar den Teilnehmern Gelegenheit gegeben werden,

- das friedenspolitische Motiv der Europäischen Bewegung vor dem Hintergrund der Situation nach 1945 kennenzulernen;
- Hintergründe und unterschiedliche Erklärungsansätze für die Teilung Europas kennenzulernen und den Ost-West-Konflikt als hauptsächliche Ursache für den Rüstungswettlauf der letzten Jahrzehnte zu erkennen;
- die immanente Logik der Abschreckungsdoktrin nachvollziehen zu können;
- sich mit Argumenten für und wider die derzeit gültige Sicherheitsdoktrin der NATO auseinanderzusetzen;
- alternative Vorschläge für eine neue Sicherheitspolitik in Europa zu prüfen;
- sich mit unterschiedlichen Vorstellungen über eine zukünftige europäische Friedensordnung und die Möglichkeiten europäischer Politik in diesem Bereich auseinanderzusetzen.

Bei der thematischen Gliederung wird davon ausgegangen, daß das Wochenendseminar insgesamt 16 Unterrichtsstunden à 45 Minuten in Vor- und Nachmittagsblöcken zu je 4 Unterrichtsstunden umfaßt und die Erörterung von Grundproblemen der Friedens- und Sicherheitspolitik mit der Diskussion des friedenspolitischen Zusammenhangs der Europapolitik verknüpft wird. Dies kann nicht völlig bruchlos geschehen, weil eben in der politischen Diskussion militärstrategische Fragen in anderen Argumentationszusammenhängen erörtert werden als Fragen der Europapolitik; so nimmt beispielsweise die immanente Logik der Abschreckungsdoktrin ebenso wie die immanente Logik alternativer Strategiekonzepte zunächst keinen Bezug auf den politischen Kontext in Europa. Die jeweiligen europapolitischen Denkvoraussetzungen und Implikationen sicherheitspolitischer Konzepte bleiben gemeinhin unausgesprochen und nicht selten auch unreflektiert. Insofern spiegeln die didaktischen Schwierigkeiten, die sich beim Versuch einer Integration europapolitischer Fragestellungen in eine Lerneinheit zur Friedenspolitik ergeben, Strukturen der politischen Diskussion selbst wider.

Für das Wochenendseminar ist folgende thematische Grobgliederung in vier Blöcke à 4 Stunden vorgesehen:

- I. Die Europäische Bewegung nach 1945 und die Teilung Europas,
- II. Die Sicherheitspolitik der NATO und ihre Probleme,
- III. Alternative Konzepte zur Sicherheitspolitik,
- IV. Die Bedeutung der europäischen Einigung für eine zukünftige Friedenspolitik.

Die Diskussion sicherheitspolitischer Fragen im engeren Sinne (II, III) wird also quasi umrahmt von einer historischen (I) und einer aktuell-konzeptionellen Erörterung des Zusammenhangs zwischen Friedens- und Europapolitik (IV). Diese Gliederung soll den Stellenwert der militärstrategischen Diskussion angemessen zum Ausdruck bringen und vor deren Verselbständigung warnen, indem zum einen die europapolitischen Voraussetzungen dieser Diskussion aus historischer Sicht und zum anderen die Notwendigkeit einer *politischen* Überwindung der Teilung Europas hervorgehoben wird.

2.2 Zur Problematik des Umgangs mit Komplexität

Wie kann rationale politische Urteilsbildung bei der Beschäftigung mit einer so komplexen Thematik wie der Friedenspolitik gefördert und entwickelt werden, noch dazu im Rahmen *eines* Wochenendseminars? Sicherlich wird man die Erwartungen in dieser Hinsicht gerade angesichts der Diskontinuität politischer Erwachsenenbildung, in diesem Fall also der Singularität eines solchen Wochenendseminars, das in der Regel nicht in einen kontinuierlichen, längerfristigen Lern- und Arbeitsprozeß einer Teilnehmergruppe eingebunden sein wird, nicht zu hoch schrauben dürfen. Aufgabe einer Bildungsveranstaltung wie der hier vorgestellten wird es in erster Linie sein, Voreinstellungen der Teilnehmer zu thematisieren und befragbar zu machen – befragbar durch eine Erweiterung des Bewußtseins für die und von der Komplexität der diskutierten Thematik. Die Voreinstellungen, die die Teilnehmer mitbringen, werden deshalb zu Beginn des Seminars stichwortartig und thesenhaft gesammelt und am Ende gemeinsam mit Blick auf das Gelernte überprüft. Hier hätte sich dann zu zeigen, inwieweit eine komplexere Wahrnehmung des Problemzusammenhangs und gegebenenfalls eine Revision von mitgebrachten vorläufigen Urteilen möglich geworden ist.

In diesem Seminar wird nicht der Versuch gemacht, der Komplexität der Thematik durch eine umfassende und detaillierte, möglichst alle Aspekte erfassende Erörterung einzelner friedenspolitischer Probleme und Konzepte gerecht zu werden. Sollte dies auch nur annäherungsweise angestrebt werden, müßte für jedes einzelne Unterthema dieses Wochenendseminars eine eigene, umfangreiche Bildungsveranstaltung durchgeführt werden. Dies kann nicht Sinn politischer Bildung als Allgemeinbildung sein und wäre auch aus vielerlei Gründen im Rahmen der auf Freiwilligkeit der Teilnahme basierenden politischen Erwachsenenbildung undurchführbar. Vielmehr wird der Versuch gemacht, die Wahrnehmung der friedenspolitischen Situation durch die Teilnehmer ausdifferenzieren und auf diese Weise Denken in komplexen Systemen zu fördern, indem

⁴ Vgl. zum hier zugrundeliegenden Verständnis von den Aufgaben der politischen Erwachsenenbildung Wolfgang Sander, Politische Erwachsenenbildung an Volkshochschulen – Aufgaben und Probleme, in: Grundkurs Politik. Eine Kursreihe zur politischen Bildung an Volkshochschulen, hrsg. von der Pädagogischen Arbeitsstelle des Deutschen Volkshochschulverbandes, Frankfurt a. M. 1986.

- in knapper Form Informationen zur Genese des status quo gegeben werden;
- friedenspolitische Konzepte mit knappen Materialien, die jeweils nur den Kern der das Konzept begründenden Argumentation, nicht aber Detailfragen und unterschiedliche Varianten des Konzepts darbieten, vorgestellt werden;
- jedes der behandelten Konzepte mit pro- und contra-Argumenten oder im Vergleich mit anderen Konzepten diskutiert und damit relativiert wird;
- durch den Seminaraufbau der Stellenwert der sicherheitspolitischen und militärstrategischen Diskussion, die innerhalb des Seminars einen relativ breiten Raum einnimmt, selbst wieder relativiert wird (s. o.).

Das Seminar zielt somit nicht auf die genaue Kenntnis einzelner Konzepte, sondern auf das Wissen um grundsätzliche Handlungsalternativen, vor denen wir heute in der Friedenspolitik stehen, und auf die Fähigkeit, sich angesichts dieser Alternativen ein eigenes, begründetes Urteil zu bilden. Die Begründbarkeit dieses Urteils kann sich dabei schwerlich am Ausmaß der Aneignung von Expertenwissen messen, sondern lediglich an Kriterien rationaler Argumentation und allgemeiner Plausibilität. Der Erfolg des Seminars bemißt sich nicht an der Menge des vermittelten reproduzierbaren Wissens und schon gar nicht an der Übernahme bestimmter politischer Positionen durch die Teilnehmer, sondern daran, ob die Teilnehmer nach dem Besuch des Seminars rationaler und differenzierter zu friedenspolitischen Fragen Stellung nehmen können als vorher.

2.3 Die Auswahl der Materialien

Art und Umfang der Arbeitsmaterialien stellen sich als Kompromiß zwischen zwei Anforderungen dar. Auf der einen Seite soll möglichst mit authentischem Material gearbeitet werden, sollen Vertreter und Kritiker bestimmter Positionen mit kurzen Texten selbst zu Wort kommen. Intention hierbei ist nicht nur die möglichst unverfälschte Präsentation von Argumentationen, sondern auch die Förderung der Fähigkeit der Teilnehmer zum Umgang mit politischer Literatur, die Minimierung der Notwendigkeit von Referaten des Seminarleiters und das Angebot einer kleinen Textsammlung zum späteren Nachschlagen. Auf der anderen Seite mußte der Umfang der Arbeitsmaterialien relativ eng begrenzt werden, weil alle Texte erst während des Seminars von den Teilnehmern gelesen und durchgearbeitet werden sollen.

In den meisten Seminarabschnitten soll deshalb mit knappen Materialsammlungen im Umfang von einer bis maximal vier Seiten gearbeitet werden, die sowohl der Vermittlung von Kenntnissen als auch der Dokumentation kontroverser Positionen und der Diskussionsanregung dienen. Dennoch läßt sich an einigen Stellen die zusätzliche Informationsvermittlung in Form von (Kurz-)Referaten des Seminarleiters nicht vermeiden.

2.4 Arbeitsformen

Das hier vorgestellte Konzept für ein Wochenendseminar sieht weder die Erprobung neuer Methoden und Arbeitsformen noch die Praktizierung solcher Arbeitsweisen vor, die besondere räumliche oder organisatorische Rahmenbedingungen benötigen bzw. die besonders aufwendig in Vorbereitung und Durchführung sind (z. B. Planspiel). Bewußt wird ein Stück »Alltagsdidaktik« vorgestellt, das relativ leicht, gegebenenfalls unter Anpassung an die jeweiligen konkreten Bedingungen, reproduzierbar ist. Innerhalb dieses Rahmens sieht die Planung jedoch eine gewisse Vielfalt von Arbeitsformen vor. Im einzelnen ist an folgende Arbeitsformen gedacht:

- Partnerinterview
- (Kurz-)Referate des Seminarleiters
- Plenumsgespräche
- Einzelarbeit (Textlektüre)
- Arbeitsgleiche Kleingruppenarbeit
- Arbeitsteilige Kleingruppenarbeit
- Pro- und Contra-Diskussion
- Feedback-Runde

3. Übersicht über den geplanten Seminarverlauf

	<i>Themen</i>	<i>Materialien</i>	<i>Arbeitsformen</i>
I. 1.	Vorstellungsrunde und Sammlung von Meinungen zur Frage »Wie kann der Friede in Europa in Zukunft gesichert werden?« (ohne Diskussion; die Meinungen werden am Ende des Seminars gemeinsam überprüft)	Wandzeitung	Partnerinterview
2.	Europa in Trümmern – die Situation am Ende des Krieges	Arbeitspapier 1 (alternativ: Betrachtung einer vorbereiteten Bilderwand)	Plenumsgespräch: Assoziationen, Erinnerungen, Aktualisierung von Vorwissen
3.	Europäische Hoffnungen – und was daraus geworden ist	Arbeitspapier 2	Plenumsgespräch

4.	Der Ost-West-Konflikt und die Teilung Europas	Arbeitspapier 3, (alternativ: graphische Umsetzung wesentlicher Aussagen des Referats auf Folien für Tageslichtprojektor) Lektüre begleitend zum Referat	Referat des Seminarleiters
II. 5.	Das Konzept »Friede durch Abschreckung«	Arbeitspapier 4	Plenumsgespräch, Vermittlung ergänzender Informationen durch den Seminarleiter
6.	Friede durch Abschreckung? Pro und contra	Arbeitspapiere 5 und 6	<ul style="list-style-type: none"> – Vorbereitung einer pro- und contra-Diskussion in zwei Untergruppen (eine Gruppe mit pro-, eine mit contra-Argumenten) – Pro- und contra-Diskussion im Plenum; die Gruppen haben ihre jeweils vorbereitete Position zu vertreten – Auswertung der pro- und contra-Diskussion im Plenum
III. 7.	Alternative Vorschläge zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik: Soziale Verteidigung, defensive Netzverteidigung, atomwaffenfreie Zonen	Arbeitspapiere 7, 8 und 9	<ul style="list-style-type: none"> – Kurze Erläuterung der drei zu diskutierenden Konzepte durch den Seminarleiter – arbeitsteilige Kleingruppenarbeit zu den drei Konzepten; Auftrag: Vorstellung der Konzepte, Sammlung von Argumenten pro und contra – Plenum: Austausch der Ergebnisse

IV. 8.	Die Bedeutung der europäischen Einigung für die Friedenssicherung – zwei Vorschläge	Arbeitspapier 10	– Arbeitsgleiche Kleingruppenarbeit: Vergleich der beiden Konzepte – Plenumsdiskussion
9.	Friede für Europa – aber wie? Abschlußdiskussion	Diskussion der zu Beginn des Seminars auf der Wandzeitung notierten Meinungen im Licht der Seminarergebnisse	Plenumsgespräch
10.	Rückblick auf das Seminar – was war gut, was war schlecht?		Feedback-Runde: Reih-um-Äußerungen aller Teilnehmer

Auswahl weiterer, didaktisch aufbereiteter Literatur

- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Informationen zur politischen Bildung Nr. 213 (Die Europäische Gemeinschaft), Bonn 1986
- Klaus Lange-Feldhahn/Uli Jäger, Alternative Sicherheitskonzepte. Arbeitshilfen für eine notwendige Diskussion, hrsg. vom Verein für Friedenspädagogik, Tübingen 1983.
- Hessisches Institut für Bildungsplanung und Schulentwicklung (Hrsg.), Gleichgewicht, Rüstungskontrolle, Abrüstung. Materialien zum Unterricht Sekundarstufe I, Heft 50, Wiesbaden 1984.
- Wolfgang Sander, Europäische Politik. Materialien für den sozialwissenschaftlichen Kursunterricht, Stuttgart 1986.
- Franz W. Seidler, Friedenssicherung, Reihe »kontrovers«, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1983.

Materialien

Arbeitspapier 1: Europa in Trümmern

M 1



Quelle: Friedhelm Merz, Die Stunde Null. Bilder und Berichte aus einem unbekanntem Land: Deutschland 1945–1949, Vorwärts-Verlag Bonn 1981, S. 5.

M 2

»Bilanz der Katastrophe«, eine Aufstellung der Todesopfer, die der Zweite Weltkrieg gefordert hat; abgedruckt in: Dieter Franck, Jahre unseres Lebens 1945–1949, Reinbek 1983, S. 46f.

Arbeitspapier 2: Europäische Hoffnungen – und was daraus geworden ist

M 1

Bildung eines Europarates

Wir müssen etwas wie die Vereinigten Staaten von Europa schaffen. Nur so können Hunderte von Millionen schwer arbeitender Menschen wieder die einfachen Freuden und Hoffnungen zurückgewinnen, die das Leben lebenswert machen. Das Verfahren ist einfach. Was wir benötigen, ist der Entschluß von Hunderten von Millionen Männern und Frauen, recht statt unrecht zu tun und als Lohn Segen statt Fluch zu ernten . . .

Der erste Schritt ist die Bildung eines Europarats. Wenn zu Anfang auch nicht alle Staaten Europas willens oder in der Lage sind, der Union beizutreten, müssen wir uns dennoch ans Werk machen, diejenigen Staaten, die es wollen und können, zusammenzufassen und zu vereinen . . . Bei dieser so dringenden Aufgabe müssen Frankreich und Deutschland die Führung zusammen übernehmen. Großbritannien, das Britische Commonwealth of Nations, das mächtige Amerika und, ich hoffe, Sowjetrußland – denn dann wäre in der Tat alles gut – müssen die Freunde und Förderer des neuen Europas sein und für sein Recht auf Leben und Glanz eintreten.

Aus der Rede Winston Churchills am 19. September 1946 in Zürich.

Quelle: entnommen aus Hessische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Europa im Werden, Heft 1, Wiesbaden 1985, S. 12f.

M 2

Wir wollen die Einheit Europas

Die höchste Errungenschaft Europas ist die Menschenwürde und ihre wahre Kraft liegt in der Freiheit. Und das ist das eigentlich lohnende Ziel unseres Kampfes. Um unsere erworbenen Freiheiten zu erhalten, aber auch um sie allen Menschen zugänglich zu machen, wollen wir die Einigung unseres Kontinents.

Von dieser Einigung hängt das Schicksal Europas und des Weltfriedens ab.

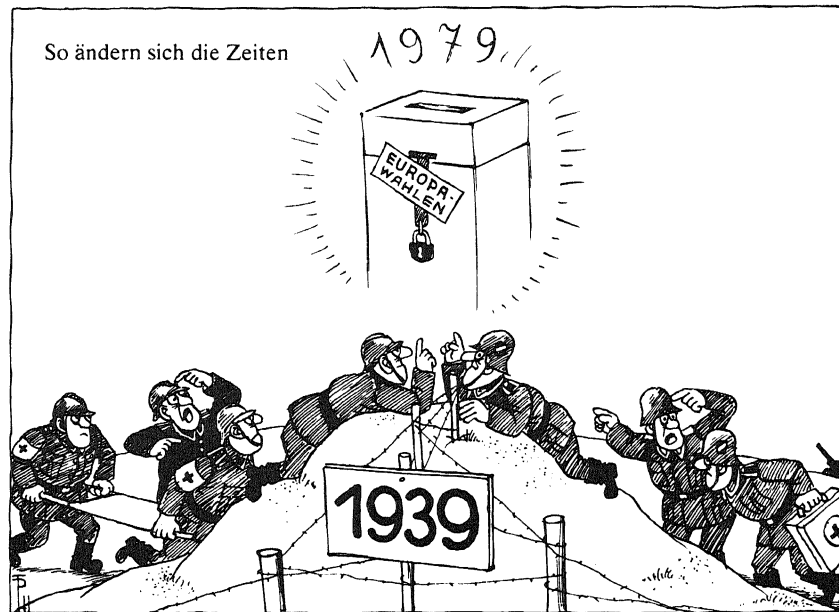
Wir Europäer, die wir hier versammelt sind, um für alle Völker unseres Kontinents zu sprechen, erklären unseren Willen feierlich in den fünf folgenden Artikeln, die die auf unserem Kongreß angenommenen Resolutionen zusammenfassen:

1. Wir wollen ein geeintes, in seiner ganzen Ausdehnung dem freien Verkehr von Menschen, Ideen und Gütern offenstehendes Europa.
2. Wir wollen eine Charta der Menschenrechte, die Gedankenfreiheit, Versammlungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, sowie freie Ausübung einer politischen Opposition garantiert.
3. Wir wollen einen Gerichtshof, der in der Lage ist, notwendige Sanktionen zu verhängen, damit diese Charta respektiert wird.
4. Wir wollen eine Europäische Versammlung, in der die Kräfte all unserer Nationen vertreten sind.
5. Und wir gehen offen und ehrlich die Verpflichtung ein, mit all unseren Kräften, zu Hause und in der Öffentlichkeit, in unseren Parteien, unseren Kirchen, Berufskreisen und Gewerkschaften die Menschen und Regierungen zu unterstützen, die an diesem Werk zum Wohle aller arbeiten. Das ist die größte Friedenschance und Unterpfand einer großen Zukunft für unsere und die folgenden Generationen.

Aus der Botschaft des ersten Haager Kongresses an die Europäer, 8.–10. Mai 1948.

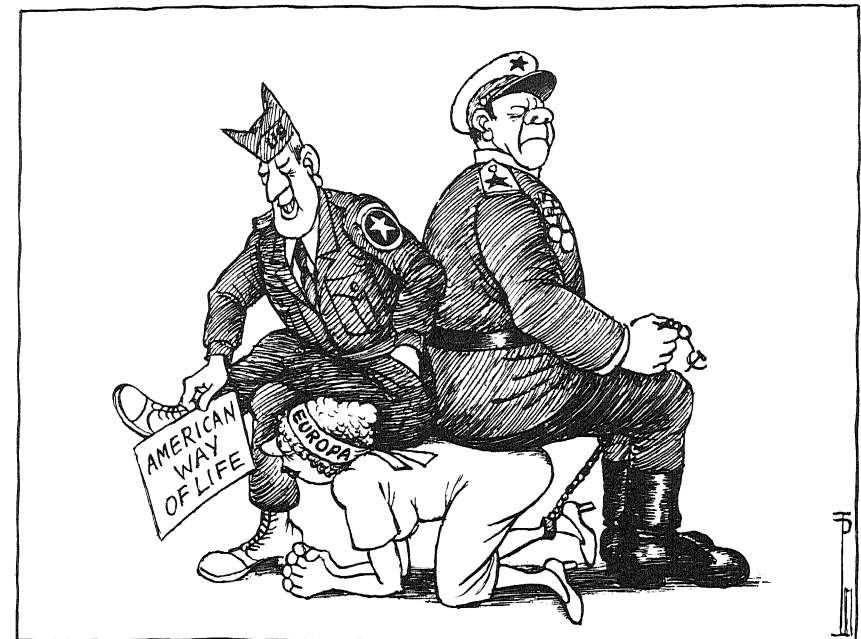
Quelle: entnommen aus Hessische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Europa im Werden, Heft 1, Wiesbaden 1985, S. 12f.

M 3



Quelle: EG-Magazin 9 (1982), S. 3, Zeichnung von Peter Legler.

M 4



Quelle: EG-Magazin 9 (1983), S. 3, Zeichnung von Peter Legler.

Arbeitspapier 3: Der Ost-West-Konflikt

M 1

Zeittafel zum Ost-West-Konflikt

- 1945 8. Mai: Bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht
- Juni: Gründung der Vereinten Nationen
- Juli/August: Potsdamer Konferenz der alliierten Siegermächte
- August: Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki
- 1947 März: Truman-Doktrin
- 1948 Juni: Beginn der Berlin-Blockade (bis Mai 1949)
- 1949 April: Gründung der NATO
- Sept.: Gründung der Bundesrepublik Deutschland
- Okt.: Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

- 1950 Juni: Beginn des Korea-Krieges (bis Juli 1953)
- 1955 Mai: Beitritt der Bundesrepublik zur NATO, Gründung des Warschauer Pakts
- 1961 August: Bau der Berliner Mauer
- 1962 Okt.: Kuba-Krise
- 1965 Juli/August: Beginn der offenen Beteiligung der USA am Vietnam-Krieg
- 1970 Okt./Dez.: Verträge der Bundesrepublik mit der UdSSR und Polen
- 1971 Sept.: Vier-Mächte-Abkommen über Berlin
- 1972 Mai: Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR
SALT I – Abkommen über Rüstungskontrolle zwischen den USA und der UdSSR
- 1973 Jan.: Ende des Vietnam-Krieges
Juli: Beginn der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)
- 1979 Dez.: NATO-Doppelbeschluss
Sowjetische Invasion in Afghanistan
Scheitern des SALT II – Abkommens in den USA
- 1983 Scheitern der Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen, Beginn der Stationierung neuer Raketen in der Bundesrepublik und in den Ostblock-Staaten
- 1985 Januar: Beginn neuer Abrüstungsverhandlungen in Genf

Quelle: Zusammenstellung des Verfassers.

M 2

Daten zur europäischen Einigung

- 5. 5. 1949: Zehn europäische Staaten unterzeichnen in London die Satzung des Europarates. Die erste Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung beginnt am 8. 8. 1949.
- 9. 5. 1950: Der französische Außenminister Robert Schuman veröffentlicht den vom französischen Kabinett gebilligten Plan eines Pools der deutschen und französischen Kohle- und Stahlindustrie (Schuman-Plan), der anderen europäischen Staaten zum Beitritt offenstehen soll.
- 4. 11. 1950: Die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten wird in Rom unterzeichnet. Sie tritt am 3. 9. 1953 in Kraft.
- 18. 4. 1951: Unterzeichnung des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl – EGKS – (Schuman-Plan) in Paris durch sechs Staaten (Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande).
- 2. 5. 1951: Die Bundesrepublik Deutschland nimmt zum ersten Male als Vollmitglied an einer Sitzung der Beratenden Versammlung des Europarates teil.

- 27. 5. 1952: Unterzeichnung des Vertrages über die Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG).
- 23. 7. 1952: Der Vertrag über die EGKS/Montanunion tritt in Kraft. Am 18. 8. 1952 nimmt die Hohe Behörde in Luxemburg unter Jean Monnet ihre Arbeit auf.
- 10. 9. 1952: Die Außenminister der sechs Montanunion-Staaten beauftragen die Mitglieder der Gemeinsamen Versammlung der EGKS mit der Ausarbeitung eines Vertragsentwurfs für eine Europäische Politische Gemeinschaft. Zu diesem Zweck gibt sich die Gemeinsame Versammlung den Namen Ad-hoc-Versammlung.
- 10. 3. 1953: Die Ad-Hoc-Versammlung stellt den Entwurf einer Satzung für die Europäische Politische Gemeinschaft fertig.
- 28.–30. 8. 1954: Der EVG-Vertrag und die damit verbundene Europäische Politische Gemeinschaft scheitern durch Absetzung von der Tagesordnung in der französischen Nationalversammlung.
- 18.–24. 10. 1954: Abschluß der Pariser Verträge. Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO. Aufnahme Italiens und der Bundesrepublik Deutschland in den Brüsseler Pakt; dieser wird damit zur Westeuropäischen Union.
- 1.–2. 6. 1955: Bei der Konferenz von Messina schlagen die sechs Außenminister der Schuman-Plan-Länder neue Maßnahmen zur Verwirklichung der wirtschaftlichen Integration Europas vor.
- 25. 3. 1957: Unterzeichnung der Verträge von Rom zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM), die am 1. 1. 1958 in Kraft treten.

Quelle: Hessische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Europa im Werden, Heft 2, Wiesbaden 1985, S. 13f.

M 3:

Die Ursachen der Kalten Kriege

Drei Thesen

Die Periode des Kalten Krieges, in der eindeutig die Konfrontation vorherrscht, kann mit dem Ende des Jahres 1947 angesetzt werden. Die Ursachen für die Entstehung des Kalten Krieges sind umstritten:

Zum einen wird die Ansicht vertreten, er sei Ausdruck der US-Politik eines »containment« (Eindämmung) und der sich daraus ergebenden »notwendigen« sowjetischen Reaktion, wobei die Politik der USA aus der Absicht resultiere, den Weltmarkt unter Einbeziehung Europas wieder aufzubauen und die eigenen Kriegsgewinne zu stabilisieren.

Zum anderen wird die These vorgetragen, der Kalte Krieg sei die Folge der sowjetischen Aggression in Mitteleuropa und des daraus hervorgehenden Interesses der USA, die sowjetische Expansion wenigstens in Westeuropa einzudämmen.

Eine vermittelnde Meinung macht beide Großmächte für den Ausbruch der Konfrontation verantwortlich: Beide Gesellschaftssysteme würden sich gegenseitig ausschließen, die aus der historischen Situation entstehenden Interessen seien unvereinbar. Da die im Zweiten Weltkrieg zerstörte UdSSR wirtschaftlich den USA weit unterlegen gewesen sei und sie zunächst auch keine Atombombe besessen habe, habe sie vordringlich den raschen Wiederaufbau, auch auf Kosten einer Ausbeutung der von ihr besetzten Länder, und die militärische Sicherung ihres Territoriums betrieben. Die USA dagegen seien bestrebt gewesen, möglichst bald die Weltwirtschaft wieder in Gang zu setzen, um Weltwirtschaftskrisen zu verhüten und um ihre eigene Kriegs- auf Friedensproduktion umstellen zu können.

Quelle: Der Große Ploetz, Auszug aus der Geschichte, Verlag Ploetz, Freiburg-Würzburg 1980, S. 1240.

Arbeitspapier 4: »Frieden durch Abschreckung«

M 1

Der Zweite Weltkrieg – ausgetragen mit konventionellen Waffen – forderte mehr Opfer als alle bis dahin geführten Kriege der Neuzeit und hinterließ gewaltige Zerstörungen. Er endete mit dem Abwurf von Atombomben auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki. Dieser erste und bis heute einzige Abwurf von Atombomben in einem Krieg bedeutete einen tiefen Einschnitt: Die Welt mußte seither mit der Existenz und Drohung des Einsatzes neuer furchtbarer Massenvernichtungsmittel leben. Aber diese Waffen wurden auch zum Ansatzpunkt einer Hoffnung: Konnte die Drohung ihrer unermeßlichen Vernichtungskraft nicht auch helfen, Kriege zu verhindern? Wurde mit ihnen Krieg als Mittel der Politik nicht sinnlos? Seither haben beide Supermächte neben weiterentwickelten konventionellen Waffen große Potentiale an Kernwaffen und Kernwaffenträgern aufgebaut und so ein »Gleichgewicht des Schreckens« errichtet.

Voraussetzung: Gleichgewicht der Kräfte

Damit ist zwischen den Supermächten eine neue Situation entstanden: Keine der beiden Seiten kann, gestützt auf ihre militärische Macht, hoffen, die Gegenseite durch Gewaltandrohung oder -anwendung zu einem von ihr gewünschten Tun oder Lassen zwingen zu können – es sei denn, sie wäre bereit, das Risiko eines militärischen Mißerfolges und in letzter Konsequenz das Risiko der eigenen Vernichtung einzugehen. Im Verhältnis der Supermächte zueinander ist dieses System von Drohung und Gegendrohung bisher stabil. Es könnte nur dann aus dem Gleichgewicht gebracht werden, wenn eine Seite die Vergeltungsmöglichkeiten (die »Zweitschlagskapazität«) des möglichen Gegners ausschalten könnte – wenn sie also die Fähigkeit erwerben würde, mit einem Erstschlag alle sie selbst bedrohenden Nuklearwaffen gleichzeitig zu vernichten oder durch den Aufbau eines Raketenabwehrsystems den auf einen eigenen Erstschlag erfolgenden Zweitschlag der Gegenseite wirkungslos zu machen. Diese Voraussetzungen sind gegenwärtig nicht gegeben. Damit gründen sowohl die NATO als auch der Warschauer Pakt ihre militärische Sicherheit – wenn auch in je verschiedener Ausgestaltung – auf das Prinzip der Abschreckung: auf die Drohung, sich auf eine Weise und mit Waffen zu verteidigen, die einen Angriff für den Angreifer zum militärischen Mißerfolg, zu einem untragbaren und unkalkulierbaren Risiko machen.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Informationen zur politischen Bildung, Nr. 190 »Frieden und Sicherheit« 2, Bonn 1985², S. 1 f.

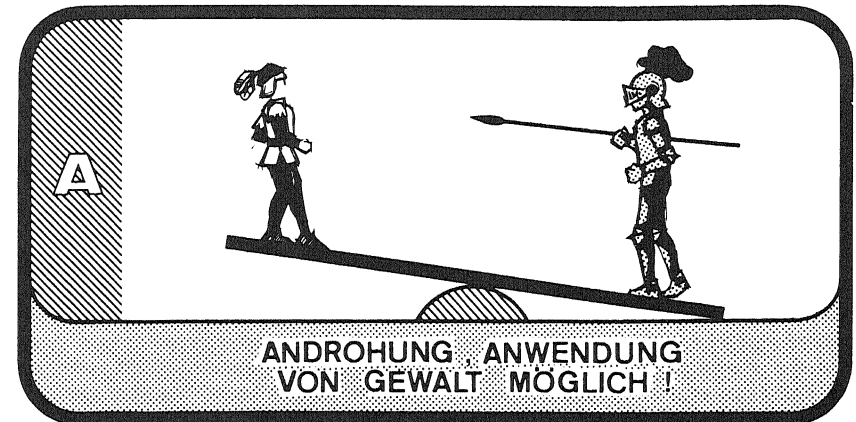
M 2



SCHULE DER BUNDESWEHR
FÜR INNERE FÜHRUNG

Ausbildungshilfe Politische Bildung
Die Grundrechte; die Grundpflicht des Soldaten
1C Wehrdienst - Zivildienst: Friedensdienst?
Folie 1

Gleichgewicht der Kräfte



Quelle: Schule der Bundeswehr für Innere Führung Koblenz (Hrsg.), Ausbildungshilfen Politische Bildung, 1C, Koblenz o. J., Folie 1.

Etappen der NATO-Strategie

Hintergrund für die Entwicklung einer Verteidigungsstrategie der NATO in den ersten Jahren ihres Bestehens waren die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges: Im Falle eines sowjetischen Angriffs sollten dem auf NATO-Territorium vordringenden Gegner starke konventionelle Streitkräfte entgegengestellt werden. Bombardierungen von Zielen in der Sowjetunion – auch mit Atombomben – sollten den Gegner zum Abbruch seiner Aggression veranlassen. Sogar an die Möglichkeit einer konventionellen Gegenoffensive wurde gedacht. Diese Verteidigungsstrategie hatte zwei Voraussetzungen: die Stationierung amerikanischer Luftstreitkräfte in Grenznähe zur Sowjetunion und den Aufbau einer europäischen Landstreitmacht, die dem zahlenmäßig weit überlegenen Gegner gewachsen wäre. Bei der NATO-Ratstagung 1952 (Lissabon) beschloß man daher, bis 1954 96 Divisionen aufzustellen. Es erwies sich jedoch sehr schnell, daß dieser Beschluß aus politischen und wirtschaftlichen Gründen undurchführbar war. Schon zwei Jahre später reduzierte man diese Zahl für Zentraleuropa auf 30 Divisionen. Auch diese Größe wurde bis heute nie erreicht.

Strategie der massiven Vergeltung

Es mußte der NATO nunmehr darauf ankommen, eine Strategie zu entwickeln, welche ihren begrenzten Möglichkeiten Rechnung trug. Die zu jener Zeit noch bestehende amerikanische Luft- und Kernwaffenüberlegenheit rückte in den Vordergrund und damit der Gedanke, militärische Sicherheit auf nukleare Abschreckung aufzubauen: Eine entsprechende »Strategie der massiven Vergeltung« (massive retaliation) wurde von den USA 1954 verkündet und 1957 als offizielle NATO-Leitlinie beschlossen. Mit ihr verzichtete das westliche Bündnis darauf, mit der Sowjetunion im Bereich der konventionell ausgerüsteten Streitkräfte in einem für eine nur konventionelle Verteidigung auch nur annähernd hinreichendem Maße gleichzuziehen. Um die Sowjetunion von einem Angriff abzuhalten, drohte die NATO mit nuklearen Vergeltungsschlägen gegen Ziele im Kampfgebiet oder im Hinterland des Gegners und suchte die UdSSR so vor ein unannehmbares und untragbares Risiko zu stellen.

Die Strategie der massiven Vergeltung erforderte nicht nur die Stationierung bzw. Lagerung amerikanischer Kernwaffen in den an der Ost-West-Grenze gelegenen NATO-Staaten, sondern hatte eine deutliche strategische Kernwaffenüberlegenheit der Vereinigten Staaten zur ersten Voraussetzung. Strategische Überlegenheit hieß, daß die Vereinigten Staaten im Falle eines sowjetischen konventionellen Angriffs auf Westeuropa in der Lage gewesen wären, mit einem Atomschlag zu antworten, ohne selbst mit einem atomaren Gegenschlag rechnen zu müssen.

Eine derartige Überlegenheit der USA war Anfang der 50er Jahre noch gegeben. Als jedoch die Sowjetunion im Laufe der 50er Jahre ebenfalls ein, wenn auch zunächst nur gegen Westeuropa gerichtetes Kernwaffenpotential aufbaute, begann die Strategie der massiven Vergeltung an Glaubwürdigkeit zu verlieren und die bündnisinternen Beziehungen zwischen den Europäern auf der einen und den Vereinigten Staaten auf der anderen Seite zu belasten. Denn die NATO mußte nun immer mehr mit der Möglichkeit rechnen, daß Westeuropa, das durch die Drohung mit Atomwaffeneinsätzen gegen die Sowjetunion geschützt werden sollte, im Kriegsfall atomaren Gegenschlägen der Sowjetunion ausgesetzt sein könnte. Zwar hatten die von sowjetischen Atomwaffen bis dahin nicht erreichba-

ren Vereinigten Staaten zunächst noch die Fähigkeit, dem möglichen Gegner den Einsatz ihrer strategischen Nuklearwaffen anzudrohen (sogenannte Eskalationsüberlegenheit oder -dominanz), aber das verbesserte die Lage der Westeuropäer im Ernstfall nicht entscheidend.

Vor diesem Hintergrund sah sich die NATO nämlich in der Situation, schon im Falle eines großangelegten konventionellen Angriffs des Warschauer Pakts im Prinzip nur zwischen zwei schlechten Alternativen wählen zu können, dem sofortigen Einsatz von Kernwaffen mit der Gefahr sowjetischer Gegenschläge – das hätte gegenseitige Vernichtung bedeutet – oder, aus Furcht vor dieser Entwicklung, der frühzeitigen Kapitulation vor der konventionellen Überlegenheit des Warschauer Pakts.

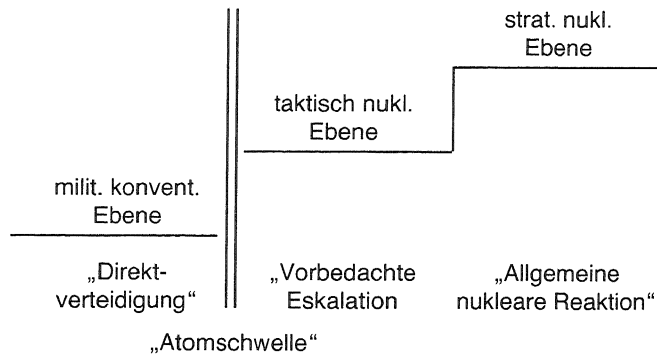
Strategie der abgestuften Reaktion

Diese neue Lage, die noch durch die Entwicklung von Interkontinentalraketen auch auf sowjetischer Seite verstärkt wurde, veranlaßte zuerst die USA, später auch die anderen NATO-Staaten zum Umdenken: In Zukunft wollte man – um dem Zwang zum sofortigen Kernwaffeneinsatz zu entgehen – imstande sein, jede, auch eine konventionelle Aggression, mit hinlänglicher Sicherheit abzuschrecken und ihr notfalls auf eine Weise begegnen, die eine frühzeitige Kriegsbeendigung auf einer möglichst niedrigen Waffenebene ermöglichen soll. Das erforderte in erster Linie den Ausbau der konventionellen Kräfte der NATO. Auf der Grundlage dieser Überlegungen wurde 1967 nach jahrelanger und zum Teil heftig geführter Diskussion die Strategie der abgestuften Reaktionsfähigkeit, der angemessenen, flexiblen Erwidern – »flexible response« – als neue Leitlinie zur Verteidigung des NATO-Raums beschlossen. Kernpunkte dieser Strategie sind:

- die Fähigkeit zu politisch kontrollierten, angemessenen Reaktionen auf jegliche Form militärischer Aggression der anderen Seite – von militärischen »Nadelstichen« bis zum Kernwaffenkrieg;
- die Möglichkeit, dem Angreifer durch den Einsatz bestimmter Atomwaffen mit dosierter Wirkung gegen ausgewählte Ziele (selektiver Einsatz) die Bereitschaft zu demonstrieren, notfalls sein Angriffsrisiko zu erhöhen (kontrollierte Ausweitung oder »Eskalation«);
- das Offenhalten von Chancen, den Angreifer auf einer möglichst niedrigen Ebene der Gewaltanwendung und Zerstörung zum Abbruch der Kriegshandlungen zu veranlassen.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Informationen zur politischen Bildung, Nr. 190, »Frieden und Sicherheit« 2, Bonn 1985², S. 5f.

M 4 Abschreckungsverbund
(auch als **Eskalationsverbund** bezeichnet)



Quelle: Günther Walpuski: Verteidigung + Entspannung = Sicherheit, Texte und Materialien zur Außen- und Sicherheitspolitik, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1984, S. 29.

Arbeitspapier 5: Friedenssicherung durch Abschreckung?
Argumente pro ...

M 1

Waffenlose Staaten verhüten keinen Krieg

Niemand in unserem Lande zweifelt daran, daß der Krieg heute nicht mehr ein dem politischen Kalkül frei zur Verfügung stehendes und bewußt einplanbares Mittel des politischen Handelns sein darf. Das Ziel der Außen- und Sicherheitspolitik kann nur noch die Verhütung des Krieges und damit die Erhaltung des Friedens sein.

Es ist auch unbestritten, daß es nicht militärische Mittel allein sind, die Sicherheit vor äußerer Gewalt gewährleisten. Völkerrechtliche Vereinbarungen, Gewaltverzichtserklärungen, Rüstungsbegrenzungsverhandlungen, vertrauensbildende Maßnahmen, wirtschaftliche Kooperation können Spannungen abbauen und die Wahrscheinlichkeit militärischer Auseinandersetzungen mindern.

Andererseits hat die Geschichte bis in unsere Zeit hinein bewiesen, daß auch Waffenlosigkeit allein als Mittel der Friedenssicherung nicht ausreicht. Ein waffenloser Staat gleicht einem Vakuum, das politische Ideen und Kräfte von außen geradezu ansaugt. Er läuft Gefahr, Krisen und Konflikte zu produzieren, anstatt sie zu verhindern.

Es gibt daher auf der Erde keinen Staat ohne bewaffnete Kräfte, es sei denn, er habe seine Souveränität ganz oder teilweise verloren. Churchill drückte diesen Gedanken noch drastischer aus. Er meinte: Jeder Staat bezahle für Streitkräfte, für die eigenen – oder aber für fremde. Auch Regierungen, deren erstes politisches Ziel die Erhaltung des Friedens in Freiheit ist, müssen sich auf Machtmittel stützen können, die sie davor bewahren, fremden politischen Willen nachgeben und lebenswichtige Interessen des eigenen Landes preisgeben zu müssen. Selbst eine Politik der Neutralität kann nur erfolgreich sein, wenn sie bereit ist, das eigene Land gegen jede Aggression militärisch zu schützen. Die Schweiz hat das in den beiden Weltkriegen dieses Jahrhunderts unter Beweis gestellt.

Quelle: Ulrich de Maiziere, Friedensdienst durch Abschreckung vor Machtmißbrauch, in: Günter Brakelmann/Eberhard Müller (Hrsg.), Abschaffung des Krieges. Beiträge zu einer realistischen Friedenspolitik, Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn, Gütersloh 1983², S. 106f.

M 2

Glaubwürdigkeit

Die Militärstrategie der NATO soll durch Abschreckung den Frieden bewahren und im Kriegsfall durch Verteidigung den Erfolg einer Aggression verhindern. Die Abschreckung muß so glaubwürdig sein, daß dem Angreifer das Risiko untragbar erscheint. Abschreckung verlangt schlagkräftige Streitkräfte und den erkennbaren politischen Willen, diese Streitkräfte zur Verteidigung einzusetzen. Verteidigungsfähigkeit und Verteidigungswille der NATO sind die Elemente einer glaubwürdigen Abschreckung.

Die atlantische Militärstrategie will einen Krieg durch eine Vielzahl von Abschreckungsmitteln gegen alle Formen einer Aggression verhindern. Dazu hat die Allianz konventionelle Streitkräfte, nuklear-taktische Waffen und nuklear-strategische Waffen.

Die Atlantische Allianz kann auf Nuklearwaffen schon deshalb nicht verzichten, weil sie dem Warschauer Pakt konventionell nicht ebenbürtig ist. Ohne Nuklearwaffen gibt es kein Gleichgewicht. Die NATO hält Nuklearwaffen für Abschreckung und Verteidigung bereit, nicht weil sie damit einen Nuklearkrieg führen, sondern jeden Krieg verhüten will. Die furchtbare Zerstörungskraft nuklearer Waffen, die bis zur vollständigen Vernichtung der Menschheit führen kann, soll davor abschrecken, den Krieg noch als ein Mittel der Politik zu sehen. Das Bündnis kann jedoch den Frieden nur erhalten, wenn es fähig ist, dem Warschauer Pakt das Risiko eines nuklearen Krieges vor Augen zu führen.

Quelle: Weißbuch 1975/1976, Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und der Entwicklung der Bundeswehr, hrsg. im Auftrage der Bundesregierung vom Bundesminister der Verteidigung, Bonn 1976, S. 20.

M 3

Militärstrategische Bedingungen

In den militärstrategischen Untersuchungen, aus denen sich die Konzeption der Verteidigung ergibt, haben Raum und Zeit einen herausragenden Platz. Raum und Zeit bilden die Achsen eines Diagramms, in das die Bedingungen für die Gesamtkonzeption der Verteidigung eingezeichnet sind.

Westeuropa ist aufgrund seiner ausgeprägten Industrialisierung und seiner Bevölkerungsdichte gegen jeden Angriff hochempfindlich. Außerdem fehlt die geographische Tiefe, die es erlauben würde, bei der Verteidigung Raum preiszugeben.

Dies gilt vor allem für die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer rund 1 700 Kilometer langen Grenze zum Warschauer Pakt.

Die Industriestruktur unseres Landes und das extrem ungünstige Verhältnis von Nord/Süd-Ausdehnung zu Ost/West-Ausdehnung verbieten Raumverluste. In einem 100 Kilometer breiten Streifen westlich der Grenze des Bundesgebiets zum Warschauer Pakt sind etwa 30 Prozent der Bevölkerung und 25 Prozent der Industriekapazität angesiedelt.

Dies macht augenfällig, daß die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland in erster Linie auf funktionierender Abschreckung beruht.

Quelle: Weißbuch 1975/1976, Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr, hrsg. im Auftrage der Bundesregierung vom Bundesminister der Verteidigung, Bonn 1976, S. 87.

M 4

Vorteile der Europäer

Die enge Verknüpfung mit den Vereinigten Staaten hat eine Reihe offenkundiger Vorteile für die Europäer. Sie müssen keine Nuklearstreitkräfte unterhalten, die ein annäherndes Gleichgewicht zu denen der Sowjetunion darstellen. Die derzeitigen französischen und britischen Nuklearstreitkräfte entsprechen, etwa nach der Megatonnage der Raketen, weniger als fünf Prozent der gesamten sowjetischen Nuklearstreitmacht. Ferner gibt es in Europa über 300 000 amerikanische Soldaten, die dort praktisch als Geiseln stationiert sind und garantieren, daß ein Großangriff auf Westeuropa sofort auch die Streitkräfte der Vereinigten Staaten erfaßt. Die Europäer sind zu der Auffassung gelangt, daß es für sie nicht erforderlich ist, ebenso große und schlagkräftige konventionelle Streitkräfte zu unterhalten wie die Länder des Warschauer Pakts, weil Westeuropa durch die breitgefächerte Abschreckung der Vereinigten Staaten geschützt ist. Selbst wenn die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Garantie für die Sicherheit Westeuropas manchmal mit Fragezeichen versehen wird, beruht die Abschreckung weiterhin auf der im Kreml herrschenden Ungewißheit darüber, wie die Reaktion der Vereinigten Staaten auf einen sowjetischen Angriff gegen irgendeinen Teil Westeuropas ausfallen würde, mit oder ohne Kernwaffen.

Quelle: Niels Jørgen Haagerup, Die europäische Sicherheitsdimension, in: Europa-Archiv, 1983, S. 275f.

M 5

Die Entspannungspolitik des letzten Jahrzehnts war nur möglich auf der Basis der wachsenden Einbindung nach Westen und indem unsere Interessen akzeptiert wurden, mitgetragen wurden von unseren Bündnispartnern. (...)

Deswegen würde eben auch – und das ist meine feste Überzeugung – ein militärisches Ungleichgewicht (sei es über westliche Vorleistungen bei der Abrüstung, sei es über Ungleichgewichte, die wir auf Dauer hinnehmen) nicht der Frieden sicherer werden, nicht die Entspannungspolitik sicherer werden, sondern genau das Gegenteil würde eintreten.

Wieso soll eigentlich die Sowjetunion mit der Bundesrepublik Deutschland und mit dem Westen Entspannungspolitik verabreden, Rüstungskontrollpolitik verabreden, Friedenspolitik verabreden, wenn wir einseitig von uns das bereits vorgeleistet haben, auf das man von seiten der Sowjetunion in den Verhandlungen Wert legt. Und ich gehe sogar noch einen Schritt weiter: Die Kriegsgefahr wird dann größer, wenn der Krieg für eine Seite mit Erfolg führbar wird, wenn man davon ausgehen kann, daß die andere Seite militärisch so überlegen ist, daß zwar ein hohes Risiko, aber nicht das tödliche Risiko, mit eigener Kriegführungsstrategie verbunden ist. Insofern würde Ungleichgewicht nicht Frieden sichern, sondern Frieden gefährden.

Ich brauche sicherlich in diesem Kreise nicht darauf hinzuweisen, daß die Sicherung des Selbstbestimmungsrechtes aller Bürger unserer Republik – »Die Würde des Menschen ist unantastbar«, so steht es im Grundgesetz, Artikel 1 – auch nach außen abgesichert werden muß. Wer die Selbstbestimmung des deutschen Volkes, seiner Bürger, sichern will, wer die Sicherung der Grundrechte ernst nehmen will, der muß nicht nur nach innen den Frieden sichern, sondern auch nach außen. Deshalb ist Neutralismus oder Neutralität für ein Land in der Mitte Europas keine Politik, die denkbar ist.

Quelle: Hans Apel (SPD), bis 1. Okt. 1982 Bundesminister der Verteidigung, in einer Rede vor der SPD-Bundestagsfraktion (Auszug), zit. nach: Information für die Truppe, 11/1981, S. 14–15.

Arbeitspapier 6: ... Argumente contra

M 1

Hoffnungslosigkeit der Abschreckung

Meines Erachtens hat es niemals eine Chance gegeben, daß die atomare Abschreckung das Friedensproblem für immer lösen würde; diese Hoffnung wirkte und wirkt auf mich als eine hirneverbrannte Verrücktheit. Der Weltfriede stabilisiert sich nicht technisch; er ist nur politisch stabilisierbar. Die atomare Abschreckung konnte uns eine Atempause von einigen Jahrzehnten geben, um eine politische Lösung des Friedensproblems zu suchen. Die öffentliche Meinung der Welt hat die Atempause mit der Lösung verwechselt und deshalb hat sie keinen Druck auf die Politik ausgeübt, die Lösung auch nur zu suchen. Heute wacht sie mit Entsetzen auf, und es ist spät geworden.

Quelle: Carl-Friedrich von Weizsäcker, Abschreckung – nur eine Atempause, in: Die Zeit vom 26. März 1982.

M 2

Gefährliche Extrapolation

Ganz allgemein neigen wir bei der Abschätzung des Verhaltens von Systemen dazu, ihr bisheriges Verhalten auch in die Zukunft hinein zu extrapolieren. Eben dieser Fehlschluß dominiert derzeit leider auch die Diskussion um die zukünftige Sicherheitspolitik des Westens. Kaum eine offizielle oder halboffizielle Erklärung, in der nicht zu Beginn und am Ende auf die erfolgreiche Kriegsverhütung in den letzten 35 Jahren hingewiesen und daraus abgeleitet wird, daß der Westen nur entschlossen an dem Gleichgewichts-Paradigma festhalten müsse, um auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten den Frieden zu sichern.

Wie falsch derartige Extrapolationen sein können, zeigt uns schon die Alltagserfahrung. Aus der Tatsache, daß man Wasser, ohne es zum Kochen zu bringen, von 0 auf 95° C erhitzen kann, folgt keineswegs, daß es auch bei 105° C oder 110° C nicht kochen wird. Dasselbe gilt für das Wettrüsten: Daß es in den letzten 35 Jahren keinen Krieg verursacht hat, beweist keineswegs, daß dies auch in Zukunft so bleiben muß.

Quelle: Die NATO-Nachrüstung brächte der Welt mehr Instabilität, Papier des Max-Planck-Instituts, Teil 1, in: Frankfurter Rundschau vom 1. Juli 1983.

M 3

Aushöhlung der Abschreckung durch Kriegführungsoptionen

Die wachsende technologische Verfeinerung der Waffentechnik hat viele strategische Analytiker verführt, Atomwaffen nicht länger als etwas grundsätzlich anderes zu verstehen, sondern in ihnen Waffen zum Einsatz im Kriegsfall zu sehen. Aber man zerredet Abschreckung nicht ungestraft. Atomwaffen zur Abschreckung eines Krieges sind in demokratischen Gesellschaften gerade noch erträglich; Atomwaffen zum Führen eines Krieges sind es nicht. Wer diese entscheidende Grenze verwischt, der darf sich nicht wundern, wenn die Bürger nicht mitmachen – vor allem dann nicht, wenn sie auf dem potentiellen Atom-schlachtfeld leben.

Quelle: Christoph Bertram, Der Kampf um den Konsens, in: Die Zeit vom 15. Januar 1982.

M 4

Sinnlosigkeit der Gleichgewichtsformel

Die 20 Jahre lang gehandelte Formel »Wir wollen Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau« hat sich als unbrauchbar erwiesen. Unter dem Dach dieser Formel sind die nuklearen Arsenale in den letzten 20 Jahren auf unvorstellbare Größenordnungen angewachsen. Diese Formel, auf die man sich ohne Mühe verständigen konnte, hat den Rüstungswettlauf nicht gestoppt, eher hat sie dazu beigetragen, ihn zu forcieren. Bis heute

hat niemand definiert, bei welcher Quantität und Qualität der Waffen die Gleichgewichtsformel ihren Sinn verliert. Angesichts der Zahl der atomaren Sprengköpfe und der Entwicklung der Waffentechnologie hat die Formel vom Gleichgewicht ihren Sinn verloren. Es ist sinnlos, in einer Welt, die sich mehrfach vernichten kann, Gleichgewichtsbetrachtungen anzustellen.

Quelle: Oskar Lafontaine, Die Begriffe der heutigen Sicherheitspolitik stimmen nicht mehr, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (1981), S. 1325f.

M 5

Abschreckung ist Bereitschaft zum Massenmord

Der Einsatz von Massenvernichtungsmitteln ist durch nichts, aber durch gar nichts zu rechtfertigen. Der Einsatz von Massenvernichtungsmitteln ist nichts anderes als Massenmord, Völkermord.

(Beifall bei den Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Er ist ein Verbrechen.

Deshalb, meine Damen und Herren – das liegt doch in der Logik, das ist doch einfach durchschaubar –, ist auch die Androhung des Einsatzes von Massenvernichtungsmitteln die Androhung eines Verbrechens.

(Beifall bei den Grünen)

So weit sollten auch Ihre Logik und Ihr Rechtsbewußtsein reichen, daß auch die Androhung eines Verbrechens selbst ein Verbrechen ist.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von der CDU/CSU)

Nun werden Sie einwenden – diese Differenzierung ist der bekannte Einwand –: »Massenvernichtungsmittel sind für uns keine militärischen Waffen, sondern politische Waffen; sie sollen nur der Abschreckung dienen, sie sollen nicht eingesetzt werden.« Diese Unterscheidung führt aber in die Irre, denn die Glaubwürdigkeit der Drohung mit Massenvernichtungsmitteln hängt davon ab, daß Sie dem Gegner den Eindruck vermitteln können, Sie seien bereit zum Massenmord. Das liegt in der Logik der Abschreckung, oder die Drohung ist in der Logik der Abschreckung nutzlos und leer. Aus dem sogenannten Gleichgewicht des Schreckens ergibt sich auch eine Tendenz zur Entmenschlichung. Denn die Menschen an den Schalthebeln der Macht müssen sich zwangsläufig – sie wollen es vielleicht nicht – als potentielle Massenmörder gebärden.

Quelle: MdB Otto Schily (Die Grünen) im Deutschen Bundestag, in: Das Parlament vom 4. Juni 1983, S. 11.

Arbeitspapier 7: Soziale Verteidigung

M 1

Der undressierte Mann



Quelle: entnommen aus K. Lange-Feldhahn/Uli Jäger, Alternative Sicherheitskonzepte, Arbeitshilfen für eine notwendige Diskussion, Verein für Friedenspädagogik e. V., Tübingen 1983, S. 92. Zeichnung von Papan.

M 2

Die Grünen:

Absage an jegliche Gewalt

Das Konzept der sozialen Verteidigung ist für die Grünen die Alternative zu allen militärischen Konzepten, die in die Sackgasse der Selbstvernichtung führen.

- Sozialer Widerstand ist eine nichtmilitärische Verteidigungsmethode, die sich gegen alle Formen von Gewalt richtet. Gewalt ist auch die Einschränkung von Freiheits- und Bürgerrechten und der Angriff auf die natürlichen Grundlagen der Bevölkerung.
- Sozialer Widerstand baut auf dem Grundgedanken auf, daß ein Volk nicht dauerhaft beherrscht werden kann, wenn es nicht zur Zusammenarbeit mit dem Unterdrückten bereit ist.
- Sozialer Widerstand zielt nicht auf die Verteidigung einer Grenze oder eines Gebietes, sondern auf die Verteidigung von Formen demokratischen Zusammenlebens. Er ist um so erfolgreicher – und militärische Vorgehensweisen eines Angreifers wirken um so weniger –, je mehr die Gesellschaft im demokratisch aktiven Zusammenleben geübt ist.

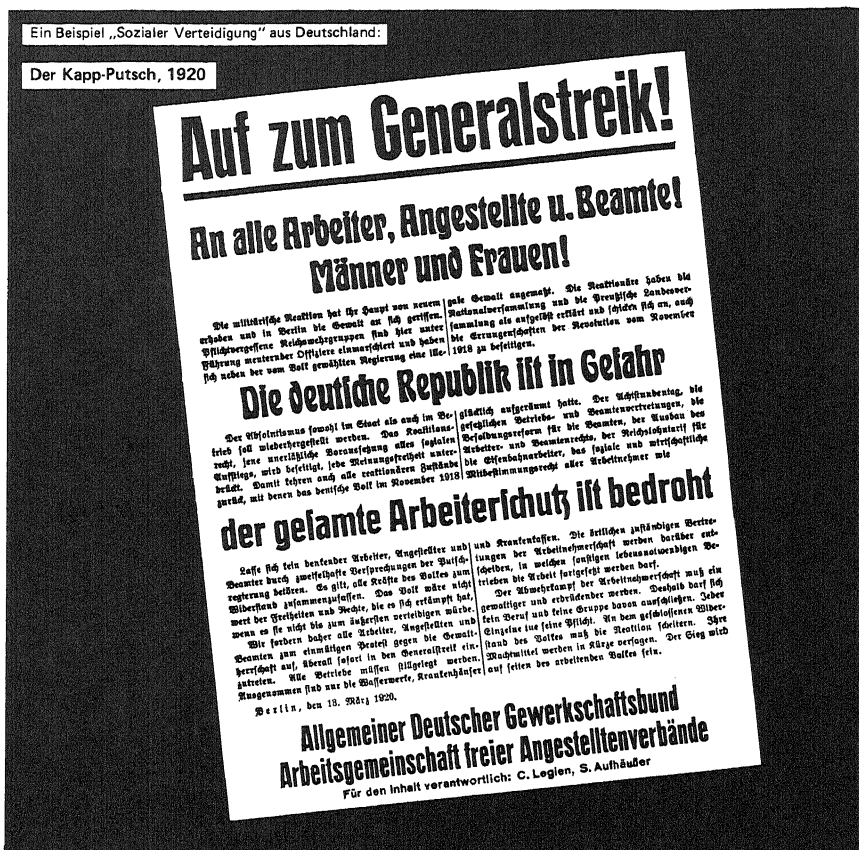
- Eine Gesellschaft ohne militärische Rüstung kann keine Bedrohung für eine andere Gesellschaft darstellen. Für einen möglichen Angreifer entfällt damit eine wichtige Motivation.
- Sozialer Widerstand zielt ab auf Entwaffnung, Aufdeckung, Veränderung und Beseitigung von auf Gewalt aufbauenden Zuständen. Nicht der Mensch ist der vermeintliche Gegner, sondern seine Rolle als Vertreter zerstörerischer Strukturen.

Quelle: Die GRÜNEN, Landesprogramm Hessen. Auszug, S. 20.

M 3

Nichtmilitärische Verteidigungsstrategien

1. Geringstmöglicher Schaden für Menschen.
 2. Im eigenen Verhalten die Werte und Ziele möglichst sichtbar werden lassen, für die man kämpft. Also gewaltfreie, freiheitliche, humane Methoden, weil man für einen menschlichen sozialen, freiheitlichen Friedenszustand kämpft. Deshalb möglichst stark Regeln, Werte und Umgangsformen des zivilen Lebens auch im Kriegsfall verwirklichen.
 3. Im Gegner und Angreifer den Menschen sehen und ansprechen, sobald er sich »zivil« zeigt. Möglichst viele enge Kontakte, um so Sympathien zu wecken und dem Gegner auch zu zeigen, was er für Schäden und Leiden verursacht.
 4. Den Gegner ablehnen und bekämpfen, insofern er als Feind, Soldat, Schädiger, Befehlsgeber, Besatzungsmacht auftritt. Nicht mit ihm zusammenarbeiten, sondern ihn ignorieren.
 5. Dem Gegner nicht die Initiative überlassen. Also nicht »passiver«, sondern möglichst aktiver gewaltfreier Widerstand.
 6. Verteidigungsmaßnahmen dezentralisieren, aber auch für ihre Koordinierung sorgen, wirksame dezentralisierte Nachrichtensysteme für die eigene Bevölkerung einrichten.
 7. Wichtige Informationen, Einrichtungen und Sachen (Regierung, Rundfunk, Pläne) vor dem Zugriff des Gegners schützen.
 8. Verhindern, daß der Gegner die Einrichtungen des Landes für seine Zwecke gebrauchen kann: die Produktionsstätten (Fabriken), das Transportwesen, die Verwaltung, die Massenmedien, die Regierung, die Kirchen, die Verbände usw.
 9. Sicherung der unmittelbaren Bedürfnisse der Bevölkerung durch dezentrale Nahrungs-, Wasser- und Energieversorgung sowie durch Arbeitsnotprogramme.
 10. Vorbereitung der Sozialen Verteidigung im Frieden und Abhaltung möglicher Angreifer durch:
 - Darstellung der Verteidigungsbereitschaft durch Manöver;
 - klare Darstellung der Ziele, für die man unbedingt kämpfen will;
 - Demokratisierung der Gesellschaft und Förderung von sozialer Gerechtigkeit.
- Quelle: Johan Galtung, Anders verteidigen, in Franz W. Seidler, Friedenssicherung, Reihe »Kontrovers«, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1983, S. 178–179.



Quelle: entnommen aus K. Lange-Feldhahn/Uli Jäger, Alternative Sicherheitskonzepte, Verein für Friedenspädagogik e. V., Tübingen 1983, S. 98.

Text zum Kapp-Putsch aus: Anders Boserup/Andrew Mack, Krieg ohne Waffen. Studie über Möglichkeiten und Erfolge sozialer Verteidigung, Reinbek 1974, S. 101 ff.

Naivitäten des Konzepts

Die Idee sozialer Verteidigung ist trotz ihrer pseudo-wissenschaftlichen Aufbereitung ein Wunschbild. Sie beruht auf purer Hoffnung, nicht aber auf einer Einschätzung möglicher Konfliktsituationen, die sich der Realität auch nur annähert.

Pure Hoffnung ist es zu glauben,

- einen zur Aggression neigenden Gegner durch soziale Verteidigung von seinem Vorhaben abbringen können und ihn nicht vielmehr geradezu risikofrei dazu einzuladen.
- anzunehmen, eine zur Behauptung ihrer Macht entschlossene Besatzungsmacht würde sich durch gewaltfreien Widerstand moralisch erweichen und zum Rückzug bewegen lassen.
- die Leiden und Opfer, die ein solcher Widerstand für das besetzte Volk zwangsläufig mit sich bringen müsste, würden nicht wirkungslos verpuffen.
- es gäbe unter den Bedingungen einer Besatzungsherrschaft überhaupt die Möglichkeit, das Funktionieren der demokratischen Institution in Gang zu halten oder gar – wie Ebert fordert – eine verstärkte Politik der demokratischen Reform zu betreiben;

Pure Hoffnung ist es,

- davon auszugehen, daß im Fall einer Okkupation die Besatzungsmacht nicht in der Lage wäre, alle technischen und personellen Bedingungen zu schaffen, die nötig sind, um im besetzten Land die Sicherheit und die Versorgung ihrer Streitkräfte zu gewährleisten und ihre Herrschaft zu befestigen.
- darauf zu vertrauen, daß im Fall einer Okkupation die überwältigende Mehrheit der Menschen überhaupt gewaltfreien Widerstand leistet und sich der erzwungenen Kollaboration kollektiv verweigert.
- das Konzept sozialer Verteidigung ausgerechnet gegenüber einem Gegner, in unserem Fall dem kommunistischen Machtblock, anwenden zu wollen, der von pazifistischer Gesinnung nur, sofern sie den Gegner schwächt, etwas hält und im übrigen andersartige Werte und Lebensformen nur soweit respektiert, als sie die seinen nicht stören.

Es ist in der Tat erstaunlich, was einem die Vertreter des Konzepts der sozialen Verteidigung an Naivität zumuten, so z. B. wenn sie im Ernst darüber diskutieren, wie man durch Diskussionen mit den Soldaten der Besatzungsmacht auf deren Gesinnung einwirken und sie möglicherweise zu Komplizen des gewaltfreien Widerstandes machen könnte, oder wenn sie im Ernst annehmen, eine Fortsetzung demokratischer Reformarbeit sei ausgerechnet unter der Herrschaft eines undemokratischen Besatzungsregimes möglich, oder wenn sie darauf vertrauen, der Gegner könnte sich eines anderen besinnen und zurückweichen, wenn man ihm nur klar macht, daß man durch ihn leidet usw.

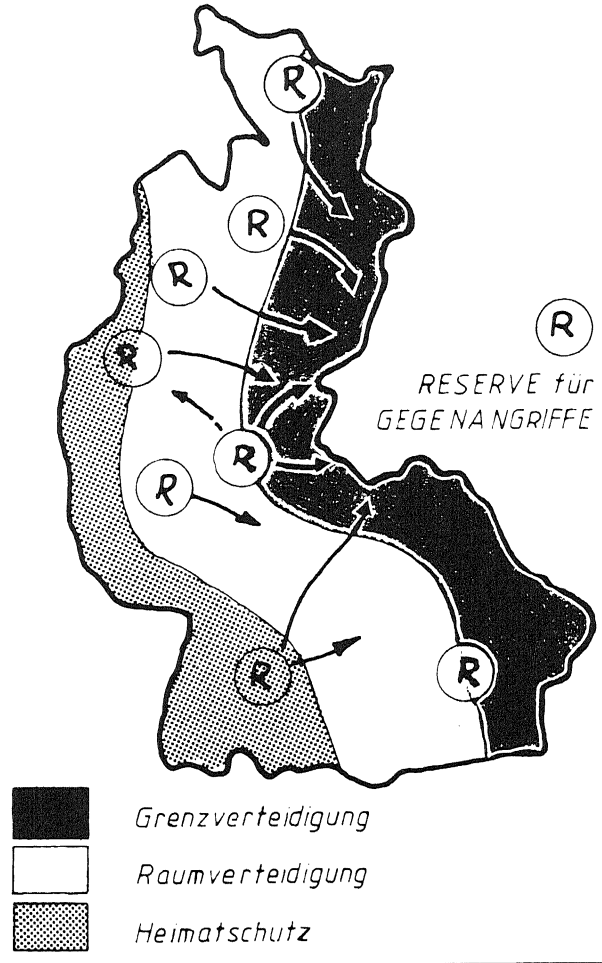
Quelle: Kurt Sontheimer, Soziale Verteidigung – Eine Alternative zur militärischen Verteidigung?, in: Argumente für Frieden und Freiheit, hrsg. von Hans-Joachim Veen, Verlag E. Knoth, Melle 1983⁵, S. 135.



»Ich brauche keinen Schirm, ich bin gegen Regen!«

Quelle: K. Lange-Feldhahn/Uli Jäger, Alternative Sicherheitskonzepte, Verein für Friedenspädagogik e.V., Tübingen 1983, S. 98.

RAUMDECKENDE VERTEIDIGUNG



Quelle: entnommen aus Klaus Lange-Feldhahn/Uli Jäger, Alternative Sicherheitskonzepte. Arbeitshilfen für eine notwendige Diskussion, Verein für Friedenspädagogik e. V., Tübingen 1983, S. 58.

M 2

Doch Löser meint, ein Schlupfloch zwischen »rot« und »tot« gefunden zu haben: die »raumdeckende Verteidigung« mit konventionellen Defensivwaffen bei gleichzeitigem Verzicht auf den Einsatz atomarer Gefechtswaffen.

Dieses – vor Jahren schon von dem Starnberger Friedensforscher Horst Afheldt vorgedachte – Konzept erscheint einleuchtend. Für die Bundeswehr bedeutet es allerdings ein vollständiges und für manche Generäle sicher schmerzliches Umdenken. Denn an die Stelle von Entscheidungsschlachten zwischen schnellen Panzerarmeen soll eine Unzahl von kleinen Gefechten treten, in denen ein Angreifer zermüht und schließlich zum Rückweg gezwungen wird.

Der Grundgedanke: Wenn der Warschauer Pakt der Nato wirklich so haushoch überlegen ist, wie die Nato selbst immer wieder behauptet, ist es unsinnig für den Westen, sich auf die Schlacht Panzer gegen Panzer und Kanone gegen Kanone vorzubereiten. Denn dabei verliert meistens der an Zahl Unterlegene. Deshalb sei es sinnlos, wenn die Nato ihre Divisionen genauso aufbaut und ausrüstet wie der Warschauer Pakt – im direkten Aufeinanderprallen könne sie nur verlieren. Löser: »Der Westen muß mit anderer Münze zurückzahlen.«

Lösers und Afheldts andere Münze: Über die gesamte Fläche der Bundesrepublik sind kleine Trupps verteilt, die zunächst jeweils das Gebiet verteidigen, das ihnen schon im Frieden zugewiesen ist und das sie genau kennen. Wo der Angreifer überlegen ist, ziehen sie sich auch schon mal zurück oder lassen sich in den Wäldern überrollen. Sie sind in der Mehrzahl nur leicht bewaffnet, ihre Hauptwaffe sind tragbare, kleine Präzisionsraketen zur Panzerabwehr. Afheldts verblüffende Rechnung: Wenn jeder dieser 12 bis 20 Mann starken Trupps, von ihm »Techno-Kommandos« genannt, nur drei feindliche Panzer abschießt, kommt die Rote Armee mit noch einem Panzer am östlichen Rheinufer an und muß sich geschlagen geben.

Technisch wäre das schon heute kein Problem. Die Panzerabwehrraketen der Bundeswehr sind hochpräzise, ihre Trefferquote liegt bei über 80 Prozent. Zudem sind sie klein, leicht zu transportieren und billig. Sie kosten nicht einmal ein Hundertstel des Preises für einen Panzer, und sie haben einen immensen politischen Vorteil: Für den Angriff sind sie unbrauchbar, in der Verteidigung dagegen kaum zu überwinden.

Afheldts Konzept hat allerdings einen großen, ebenfalls politischen Nachteil: Es setzt ein enges Zusammenspiel von militärischer und ziviler Verteidigung und deshalb ein höheres Maß an Militarisierung der Bundesrepublik und Bewaffnung der Bevölkerung schon in Friedenszeiten voraus. Die Techno-Kommandos müssen ihre Raketen praktisch zu Hause im Schrank haben.

Löser dagegen setzt auf eine Mischform aus kleinen Kampftrupps und herkömmlichen Heeresverbänden. Die kleinen Trupps sollen den Vormarsch des Angreifers verzögern, die größeren Verbände blitzschnelle Gegenangriffe fahren. Löser: »Der Angreifer steht immer wieder vor neuen überraschenden Lagen. Wenn er einen kleinen Sektor gewonnen hat, trifft ihn aus der Tiefe des Netzes neuer Widerstand aus Nestern, die kaum aufzuklären sind, mit einer Feuerintensität, die unerwartete Wirkung in Verbindung mit den vielen Sperrern und Geländeverstärkungen hat. Jede kleine Waldschlucht, jede Schneise, jede Wegkreuzung, jedes Tal, jeder Berg wird zu einem Problem für die gepanzerten Angriffsverbände.«

In den neutralen Ländern Europas, vor allem in Österreich und in der Schweiz, sind ähnliche Verteidigungskonzepte bereits eingeführt. Sie haben einen schwerwiegenden Vorteil und genauso schwerwiegende Nachteile: Streitkräfte dieses Musters sind glaubhaft nur für die Verteidigung geeignet und schaffen deshalb keine Ängste bei den Nachbarn; zugleich aber schaffen sie das Risiko, daß Waffen in falsche Hände geraten und daß der Krieg das ganze Land überzieht.

Quelle: W. Perdelwitz: Weder rot noch tot, in: Stern 24 (1982).

M 3

Lückenloses Netz von Techno-Kommandos über die Bundesrepublik Deutschland

Grundlage des Modellkonzepts bilden Techno-Kommandos von je etwa 20 Mann. Diese Kommandos sind mit Panzerabwehrwaffen (z. B. Milan-Raketen), Sperrmitteln (Minen) und leichten Infanteriewaffen ausgerüstet (leichte, stationäre Techno-Kommandos).

Die technische Ausrüstung dieser leichten Techno-Kommandos soll für den spezifischen Zweck der Abwehr beweglichen schweren Geräts des Gegners optimal sein (zielsuchende Raketen, halbautomatische und automatische Zerstörungsmittel). Die Bezeichnung Techno-Kommando soll deutlich machen, daß es sich nicht um primitiv ausgerüstete Einheiten handelt, sondern um Einheiten, denen Abwehrwaffen des höchstmöglichen technischen Standards in genügender Zahl zur Verfügung stehen.

Jedem leichten Techno-Kommando wird bereits im Frieden ein Bezirk der Bundesrepublik zugewiesen, in dem es stationiert und für den Einsatz ausgebildet wird. Versagt die Abschreckung, wird das Kommando in seinem Bezirk autonom seine Aufgabe erfüllen, den feindlichen Vormarsch so weit wie möglich zu verhindern bzw. zu stören.

Alle leichten Techno-Kommandos bilden ein Netz, das die gesamte Bundesrepublik lückenlos überzieht. Die Dichte des Netzes kann den örtlichen Gegebenheiten angepaßt werden. Im Durchschnitt deckt jedes Kommando rund 20 km². Die Großstädte können nicht zum Kampfgebiet gemacht werden, weil es die Aufgabe der Soldaten ist, die Zivilbevölkerung zu schützen, if deterrence fails, nicht aber ihre Vernichtung herauszufordern. Das Gebiet der Bundesrepublik umfaßt etwa 248 000 km².

Rechnet man Großstädte und Hochgebirge ab, bleibt eine Fläche von etwa 200 000 km², die durch Techno-Kommandos verteidigt werden muß. Somit ergibt sich ein Bedarf von rund 10 000 leichten Kommandos.

Jedes leichte Techno-Kommando hat eine Nachrichten-Gruppe. Das Netz dieser Kommandos kann zu jeder Zeit ohne Mehraufwand eine realistische Lageübersicht geben und erhalten.

Die Techno-Kommandos werden zur Bekämpfung von Angriffen aus der Luft mit leichten Luftabwehr-Raketen ausgerüstet. Der Personalbedarf für diese Luftabwehr wird mit 5 Mann je Kommando geschätzt.

Um eng begrenzte Panzervorstöße (Vorstöße in Korridoren) unmöglich zu machen, sollten die stationären Kommandos des Netzes außer mit leichten Panzerabwehr-Raketen kurzer Reichweite (z. B. Milan) auch mit weiterreichenden zielsuchenden Raketen ausgerüstet werden. Diese Raketen müssen eine Reichweite von mindestens 25 km haben, um Angriffe

auf weniger als 50 km Breite unattraktiv zu machen. Diese Waffen dürfen wiederum nicht geortet werden können. Mini-cruise-missiles und von geeigneten Trägern abgeschlossene TGSM (Terminally Guided Submissiles) dürften diese Bedingungen erfüllen. Ordnet man jedem leichten stationären Techno-Kommando eine solche Trägerraketen-Einheit zu, ergibt sich ein weiterer Personalbedarf von ca. 6 Mann je Techno-Kommando.

Quelle: Horst Afheldt, Friedenspolitik mit militärischen Mitteln in den 90er Jahren, in: Überleben 3 (1982), S. 7 ff. Zit. nach: Klaus Lange-Feldhahn/Uli Jäger, Alternative Sicherheitskonzepte. Arbeitshilfen für eine notwendige Diskussion, Verein für Friedenspädagogik e. V., Tübingen 1983, S. 59.

M 4

Raumverteidigung für Europa ungeeignet

- Europa – und dies trifft besonders auf die Bundesrepublik Deutschland zu – hat keine geostrategische Tiefe, die man zur »Raumverteidigung« ausnutzen könnte. Wenn die Bundesrepublik Deutschland einen Streifen von 100 Kilometern verliert, so bedeutet das den Verlust eines Drittels der Bevölkerung und eines Viertels des Industriepotentials.
- Die »Kommandos«, die als leichte und damit ungeschützte Infanterie eingesetzt werden, sind dem Einsatz von ABC-Waffen nahezu schutzlos ausgesetzt. Es darf nicht übersehen werden, daß der Warschauer Pakt den Ersteinsatz von A-Waffen trotz seiner konventionellen Überlegenheit in seiner »Militärstrategie« nicht ausschließt.
- Die vorbedachte Eskalation zum Einsatz von Nuklearwaffen muß nicht zwangsläufig zum großen Atomkrieg führen. Ein selektiver Einsatz kann vielmehr in einem frühen Stadium den Aggressor von der Ernsthaftigkeit des Verteidigungswillens überzeugen, bevor es zu einem Substanzverlust gekommen ist.
- Der Soldat, der in den Armeen der hochindustrialisierenden Länder der NATO dient, ist für einen Kampf der »Kommandos« zunächst nicht geeignet. Der erfolgversprechende Einsatz dieser »Kommandos« erfordert einen hohen Ausbildungsstand der Soldaten und stellt diese vor hohe physische und psychische Anforderungen. Wenn man das System der Wehrpflicht beibehalten wollte, müßte man wegen der höheren Anforderungen an den Soldaten eine Erhöhung der Wehrdienstzeit durchsetzen. Die Beantwortung der Frage, was das Kommando macht, nachdem »sein« Teil des Netzes zerrissen ist, wird nicht zur Motivierung beitragen.
- Die Bevölkerung NATO-Europas ist auf einen solchen Krieg nicht vorbereitet. Sie ist bei diesem Modell sehr schnell der Besatzungsmacht ausgeliefert, die genügend Machtmittel besitzt, um einen Keil zwischen die Bevölkerung und die in Stadt und Wald weiter kämpfenden »Kommandos« zu treiben.
- Die angesprochene »Selbstabschreckung« ist auch bei einem rein konventionell geführten Kampf eine Gefahr für einen Staat oder ein Staatenbündnis, bei dessen Bevölkerung der Verteidigungswille wenig entwickelt ist. Die modernen konventionellen Flächenwaffen sind in ihrer Zerstörungskraft kaum noch im alten Sinne »konventionell«. Ein markantes Beispiel für diese Tatsache führt Philippe Grasset in seinem Buch »La drôle de detente« an. Nach seinen Angaben kostete ein massiver Luftangriff der amerikanischen Luftwaffe

gegen Tokio in der Nacht vom 9. auf den 10. März 1945 die Japaner 83 793 Tote und 40 918 Verletzte.

- Die Erfolgsaussichten von panzerabwehrstarken Kommandos gegen einen Feind, der das Gefecht der verbundenen Waffen beherrscht, werden überschätzt. Rechnungen, die besagen, daß mit 300 Panzerabwehrkraketen MILAN 300 oder mindestens 200 Panzer abzuschießen sind, können nicht ernst genommen werden. Es gehört schon einiges dazu, ungepanzert eine MILAN in Stellung zu bringen und zu zielen, wenn der Feind z. B. mit mehrfacher Panzer- und Luftüberlegenheit und mindestens 10-facher Artillerieüberlegenheit angreift.
- Das System statisch kämpfender Kommandos mit wenigen mechanisierten Eingreifverbänden im Hinterland erleichtert die Schwerpunktbildung des Feindes, da er weiß, daß die Kräfte, die er »liegen läßt«, ihm wegen ihrer Unbeweglichkeit nicht mehr gefährlich werden können. So kann aus einer »bündnisweiten« Überlegenheit von 3 : 1 eine 20fache Überlegenheit an ausgesuchten Durchbruchabschnitten entstehen.
- Die »Raumverteidigung« unterteilt die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland in zwei Klassen, in eine, die verteidigt wird – z. B. die im Westen wohnende – und die andere, die man nur »raumverteidigt« und der man ein zeitweiliges Besatzungsloch zumutet, um dann – atomar? – »befreit« zu werden.

Quelle: Dirk Farwick/Gerhard Hubatschek: Die strategische Erpressung. Eine sicherheitspolitische Analyse, Verlag für Wehrwissenschaften, München 1981, S. 33 ff.

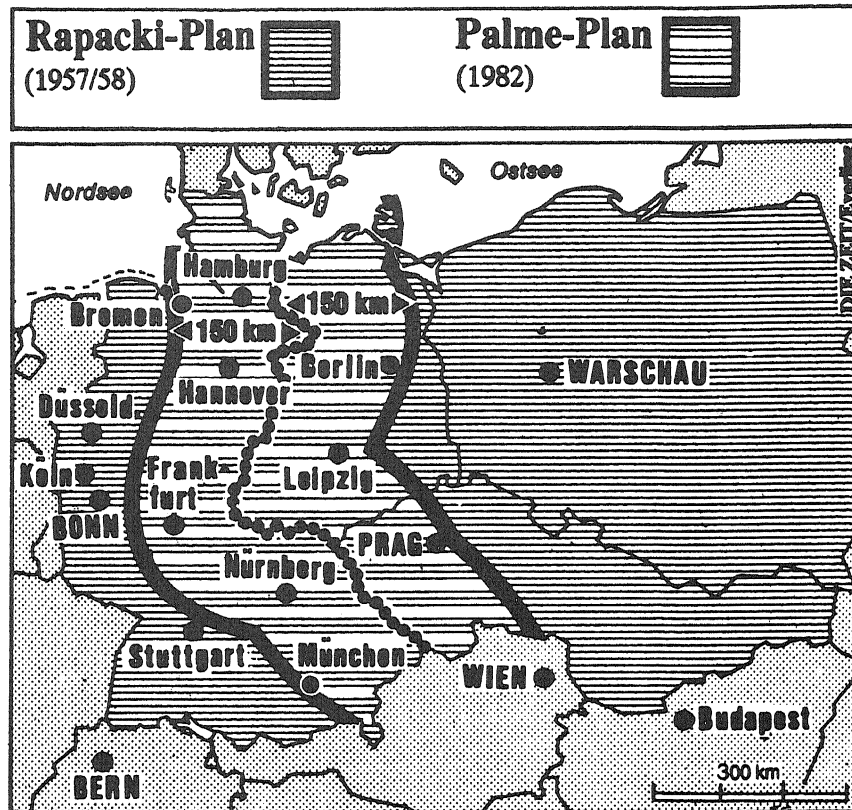
Arbeitspapier 9: Atomwaffenfreie Zone in Europa

M 1

Derzeit gibt es vier vertraglich festgelegte atomwaffenfreie Zonen in der Welt: 1959 verbot der Antarktisvertrag jede militärische Tätigkeit am Südpol. 1967 untersagte der Weltraumvertrag die militärische Nutzung von Mond und Sternen und die Entsendung von Massenvernichtungswaffen auf eine Erdumlaufbahn oder in den Weltraum. Der Meeresbodenvertrag aus dem Jahre 1967 verbot, auf dem Meeresboden oder im Meeresuntergrund außerhalb der 12-Meilen-Zone Massenvernichtungsmittel zu stationieren oder Bauten, Abschußanlagen usw. hierfür zu errichten. Der Vertrag von Tlatelolco aus dem gleichen Jahr erklärte Lateinamerika und die angrenzenden Seegebiete zur atomwaffenfreien Zone; er wurde allerdings von den nuklearen Schwellenmächten Brasilien, Chile, Argentinien und Kuba nicht unterzeichnet oder nicht in Kraft gesetzt. Im Schlußdokument der 10. Sondertagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen über Abrüstung wurde die Einrichtung kernwaffenfreier Zonen jedoch als »eine wichtige Abrüstungsmaßnahme« bestätigt.

Quelle: Franz W. Seidler, Friedenssicherung, Reihe »kontrovers«, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1983, S. 105.

M 2



Quelle: entnommen aus K. Lange-Feldhahn/Uli Jäger, Alternative Sicherheitskonzepte, Verein für Friedenspädagogik e. V., Tübingen 1983, S. 39.

M 3

Vorschlag der »Palme-Kommission«

Die »Unabhängige Kommission für Abrüstung und Sicherheit«, 1980 von der UNO eingesetzt und besser unter dem Namen »Palme-Kommission« (nach ihrem Vorsitzenden Olof Palme, Ministerpräsident von Schweden) bekannt, legte im Juni 1982 einen Bericht zur

Sicherheitspolitik vor. Neben einer Analyse der gegenwärtigen militärischen Situation unterbreitet die Kommission im Rahmen eines Konzeptes für »gemeinsame Sicherheit« mehrere Vorschläge für die aktuelle Abrüstungsdiskussion. Darunter befindet sich, wie schon in der Einleitung angedeutet, ein besonderer Vorschlag zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone:

»Die Kommission empfiehlt die Schaffung einer von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freien Zone, die von Mitteleuropa bis in die äußersten nördlichen und südlichen Flanken der beiden Bündnisse reicht. Diese Zone könnte ein Abkommen über ausgewogene Truppenreduzierung in Mitteleuropa ergänzen. In ihr wären keine Atomsprengköpfe zugelassen. Die Lagerung von Atomsprengköpfen wäre ebensowenig erlaubt wie Manöver mit simuliertem Kernwaffeneinsatz. Auch Vorbereitungen zur Stationierung atomarer Sprengkopfsätze (atomic demolition munitions – ADM) und die Lagerung derartiger Waffen wären in dieser Zone verboten.

Es sollten auch Bestimmungen in das Vertragswerk aufgenommen werden, die das Lagern von Artilleriegeschossen und Kurzstreckenraketen für den wahlweisen konventionellen und atomaren Einsatz in dieser Zone regeln. Die geographische Ausdehnung der Zone sollte Gegenstand von Verhandlungen sein und wichtige örtliche Gegebenheiten berücksichtigen. Der Anschaulichkeit halber sei zunächst einmal eine Breite von 150 km auf beiden Seiten angenommen. Bestimmungen zur Überprüfung der Einhaltung dieser Verbote müßten ebenfalls ausgehandelt werden. Sie sollten auf der Basis von Anforderungen eine begrenzte Anzahl Inspektionen in dieser Zone vorsehen« (zit. nach FR, 28. 7. 1982).

Damit soll vor allem ein schneller Einsatz dieser nuklearen Gefechtsfeldwaffen verhindert, bzw. die nukleare Einsatzschwelle erhöht werden. Dabei käme dieser Zone als wichtige »vertrauensbildende Maßnahme« eine besondere Bedeutung zu.

Als »unerläßliche Vorbedingung für ein kernwaffenfreies Europa nennt die Kommission allerdings »... Verhandlungen und ein Abkommen über erhebliche Truppenreduzierungen, um ein ungefähres Gleichgewicht in den konventionellen Streitkräften zwischen den beiden großen Bündnissen herzustellen und zu garantieren«.

Quelle: Klaus Lange-Feldhahn/Uli Jäger, Alternative Sicherheitskonzepte. Arbeitshilfen für eine notwendige Diskussion, Verein für Friedenspädagogik e. V., Tübingen 1983, S. 39.

M 4

Vorschlag von Jürgen Möllemann, FDP

Ein weiterer, aktueller Vorschlag kam im vergangenen Jahr von Jürgen Möllemann, dem sicherheitspolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion.

Unter der Überschrift »FDP-Forderung: Atomwaffenfreies Europa« berichtete die Süddeutsche Zeitung vom 13. 9. 1982 über einen sicherheitspolitischen Kongreß der FDP, bei dem deren sicherheitspolitischer Sprecher Möllemann diese Forderung erhob. Die Zeitung schreibt weiter: »... sagte Möllemann, die NATO solle dem Warschauer Pakt im Rahmen einer langfristig angelegten europäischen Friedensordnung die »Errichtung einer atomwaffenfreien Zone im gesamten Geltungsbereich der KSZE-Schlußakte« anbieten. Voraussetzungen dafür müßten eine Null-Lösung bei den atomaren Mittelstreckenraketen, ein Verzicht Frankreichs und Großbritanniens auf Atomwaffen, ein ungefähres konventionelles

Gleichgewicht und weitgehende Kontrollen sein. Laut Möllemann sollen sich die europäischen NATO-Staaten ausschließlich auf die konventionellen Streitkräfte konzentrieren und den nuklearen Schutzschild den USA überlassen. Die Doppelfunktion Frankreichs und Großbritanniens als konventionelle und nukleare Mächte stelle auf Dauer eine »sinnlose Aufsplitterung der begrenzten Kräfte« dar.«

In einem »Positionspapier zur Rüstungskontrolle und Abrüstung«, datiert vom 23. 5. 1982, faßt Möllemann die notwendigen Voraussetzungen stichwortartig zusammen, die als Vorbedingung zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone erfüllt sein sollen:

- »ungefähres Gleichgewicht im Bereich der konventionellen Streitkräfte
- Null-Lösung bei allen atomaren Mittelstreckenwaffen
- Weitgehende Kontroll- und Inspektionsverfahren auf allen Ebenen im Bereich aller KSZE-Unterzeichner-Staaten
- Verzicht Frankreichs und Großbritanniens auf A-Waffen und stattdessen Stärkung der konventionellen Verteidigung zur Anhebung der atomaren Schwelle«.

Quelle: Klaus Lange-Feldhahn/Uli Jäger, Alternative Sicherheitskonzepte. Arbeitshilfen für eine notwendige Diskussion, Verein für Friedenspädagogik e. V., Tübingen 1983, S. 40.

M 5

»Atomwaffenfreie Zonen« – das Schlachtfeld von morgen?

Häufig hört man den Vorschlag, man könne den Frieden durch die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa sicherer machen. Das Gleichgewicht würde dadurch nicht beeinträchtigt, die atomare Konfrontation dagegen entzerrt.

Auf den ersten Blick scheint dies ein verlockender Gedanke zu sein. Er hat gerade bei uns in der Bundesrepublik Deutschland viele Anhänger gefunden.

Einer nüchternen Prüfung hält der Vorschlag nicht stand.

- Der weltweite Konflikt zwischen Ost und West ist durch eine atomwaffenfreie Zone in Europa nicht gelöst. Käme es doch zu einer militärischen Auseinandersetzung zwischen den Supermächten, würde Mitteleuropa – schon seiner geographischen Lage wegen – in jedem Falle Kampfzone werden und Zielgebiet für Atomwaffen von Ost und West bleiben.
- Es trifft auch nicht zu, daß eine atomwaffenfreie Zone in Europa die Konfliktwahrscheinlichkeit mindert. Gerade die Atomwaffen sind die stärkste Stütze der Abschreckungsfähigkeit der NATO. Sie mindern die politischen Folgen der konventionellen Unterlegenheit des Westens und stellen sicher, daß für jede Stufe der Eskalationsleiter ein angemessenes Mittel vorhanden ist. Werden einzelne Stufen herausgebrochen, wird die lückenlose Abschreckung in Frage gestellt, das Risiko für den Angreifer berechenbarer.
- Selbst wenn wider alle Erfahrungen die Sowjetunion zustimmen würde, auch Teile des Territoriums des Warschauer Paktes – wie Polen, die CSSR, ja selbst westliche Distrikte

der Sowjetunion – in eine atomwaffenfreie Zone einzubeziehen, ändert das nichts an der nuklearen Bedrohung für uns. Die sowjetischen Mittelstreckenraketen können Mitteleuropa auch noch aus Gebieten ostwärts von Moskau erreichen.

Würde aber Mitteleuropa von amerikanischen Atomwaffen geräumt werden, müßten diese jenseits des Atlantik zurück gebracht werden, da Frankreich für eine Stationierung auf seinem Boden nicht zur Verfügung steht. Die Sowjets würden somit nicht nur ihre konventionelle Überlegenheit voll zur Geltung bringen, sondern die Bundesrepublik Deutschland jederzeit mit einer atomaren Erpressung konfrontieren können.

- Innerhalb des Bündnisses entstünden zwei unterschiedliche Kategorien von Mitgliedsstaaten. Die Bündnisterritorien würden in Sicherheitszonen verschiedener Qualität aufgeteilt werden. Dies könnte nicht ohne Auswirkung auf die Geschlossenheit der Allianz bleiben.
- Die Bundesrepublik Deutschland hat auf eine nationale Verfügungsgewalt über Atomwaffen verzichtet. Niemand in unserem Lande will daran etwas ändern. Nicht dagegen aber können und wollen wir auf eine Einflußnahme auf nukleare Entscheidungen verzichten. Diese werden wir aber nur ausüben können, wenn wir bereit sind, in Ausrüstung und Stationierung ein gleiches Risiko wie unsere Partner zu übernehmen.

Wir können uns eben nicht einfach aus dem politischen und militärischen Weltgeschehen »ausklinken« in der Hoffnung, damit in Ruhe und Frieden leben zu können. Täten wir es dennoch, würden wir über unser Schicksal nicht mehr selbst bestimmen, andere würden es für uns oder über uns hinweg tun.

Quelle: Generalinspekteur a. D. Ulrich Maiziere, Information für die Truppe, 7 (1982).

Arbeitspapier 10: Wege zu einer europäischen Friedensordnung – zwei Vorschläge

M 1

Die Emanzipation Europas als Alternative zum Gleichgewicht des Schreckens

Solange der Teufelskreis zwischen inneren Anfechtungen und Aggressivität nach außen nicht zum nuklearen Ende führt, kann man sich die unterschiedlichen Szenarien ausmalen: Ein Zerbrechen der EG unter dem Einfluß eines amerikanischen »Teile und herrsche«, ein offenes Ausbrechen der transatlantischen Konflikte und damit unsanftes Ende der amerikanischen Schutzmachtfunktion; im letzteren Fall könnte Westeuropa in eine faktische Abhängigkeit von der Sowjetunion gelangen, falls sich das östliche Imperium als stabiler erweisen sollte. Wenn nicht, könnte es über eine Auflockerung der beidseitigen Bündnisstrukturen zu einer neuen »Balkanisierung« Europas kommen – d. h. zu einer Vielstaatenstruktur, die schon zu zwei Weltkriegen geführt hat.

Solange der alte Traum einer einvernehmlichen Weltordnung noch nicht in den Bereich des Realisierbaren rückt, gibt es im Grunde genommen nur eine Alternative zu diesem Strauß

von lebensgefährlichen wahrscheinlichen Zukünften – nämlich die eines einigermaßen geordneten Übergangs von einer zweipoligen zu einer mehrpoligen Machtstruktur auf dieser Erde.

Sehr wahrscheinlich ist dieses Szenario ebenfalls nicht, denn alles, was in dieser Richtung unternommen wird – Selbständigkeitsregungen in der Dritten Welt und innerhalb der beiden Allianzen –, verstärkt wie beschrieben die Gegenreaktion der Supermächte.

Eine Möglichkeit ist jedoch in den gegenwärtigen Strukturen angelegt und bietet eine reelle Chance, wenn sie von den Partnern der atlantischen Allianz rechtzeitig wahrgenommen wird: der Aufbau eines außen- und sicherheitspolitisch handlungsfähigen Westeuropa. . . .

Es stünde in der Macht der Vereinigten Staaten, der immer risikoreicheren Machtstruktur der Nachkriegszeit ein Ende zu setzen. Sie könnten ihren europäischen Bündnispartnern mitteilen, daß sie nicht die Absicht haben, ihre militärischen Kräfte für immer in Europa zu belassen, sondern daß sie in einem Rhythmus, der den Aufbau einer europäischen Alternative gestattet, abzuziehen gedenken. Die Ablösung könnte dann im Rahmen der NATO, die zu einer Zweifelderstruktur umgebaut würde, ausgehandelt werden. . . . Ein solcher Umbau wäre vom europäischen Wirtschaftspotential her durchaus machbar: Westeuropa ist den USA ebenbürtig und dem Ostblock weit überlegen. Auch wären die Rüstungsaufwendungen in diesem Modell vermutlich wesentlich geringer als beim Versuch der Aufrechterhaltung des status quo. . . . Westeuropa als allmählich erstarkender Machtpol würde . . . den Autonomiebestrebungen der Dritten Welt einen zusätzlichen Auftrieb verleihen: Erstmals gäbe es eine wirtschaftlich starke und politisch handlungsfähige Alternative zu den beiden Supermächten.

Quelle: Christian Lutz: Europa – Ausweg aus dem »Gleichgewicht« des Schreckens, in: Sensor 2 (1984), zit. nach: Frankfurter Rundschau vom 6. August 1983, S. 14.

M 2

Neutralität für Mitteleuropa

»Die Mitte kann niemals eine Grenze sein.« Wir greifen dieses Wort Richard von Weizsäckers auf und schlagen vor, das europäische Zentrum schrittweise aus den Blöcken herauszulösen und auf eine neue politische Grundlage zu stellen. Dabei lassen wir uns von der Überzeugung leiten, daß alle zwischen Frankreich und der Sowjetunion lebenden Mitteleuropäer trotz der bestehenden ideologischen und politischen Gegensätze immer stärkere gemeinsame Interessen entwickelt haben und noch entwickeln werden, die sie befähigen, in einer Konföderation Mitteleuropa als einer neutralen Gemeinschaft souveräner Staaten ihr Zusammenleben selbstverantwortlich zu gestalten. . . .

Um Mitteleuropa einzugrenzen, muß der alte Kontinent von der Peripherie aus betrachtet werden. Das Gebiet, das als Mitte stabilisiert werden soll, ergibt sich, wenn von allen traditionell zentrifugalen Elementen abgesehen wird. Mitteleuropa umfaßt somit folgende Länder: die Beneluxstaaten, die Bundesrepublik Deutschland, die DDR, die ČSSR, Österreich, Polen, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien. . . .

Unser Vorschlag, eine Friedenszone beziehungsweise Konföderation Mitteleuropa zu bilden, kann nur schrittweise verwirklicht werden. Es läge dabei nahe, mit dem europäischen Zentrum zu beginnen und die Balkanländer erst später einzubeziehen. Das mag utopisch klingen, aber warum sollten nicht alle europäischen Staaten, die am KSZE-Prozeß teilnehmen, irgendwann einmal Mitglied einer europäischen Friedenszone werden? Das Fernziel ist ein Europa der Staaten zwischen dem Ural und dem Atlantik. . . .

Mit ihrem Verzicht auf Atomwaffen würden sich die Mitteleuropäer aus ihrer Geiselrolle weitgehend befreien. Wenn man zusätzlich seine kontinentale Lage berücksichtigt, dann wird deutlich, daß das europäische Zentrum niemals zu einer »dritten Kraft« werden könnte. Unter diesen Voraussetzungen wäre möglich, auf das Verhältnis zwischen den Supermächten stabilisierend einzuwirken, wobei Mitteleuropa gleichzeitig in einer gewissen Abhängigkeit von diesen bliebe, was schon durch die Kontrolle der Seewege gewährleistet wäre, welche die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion weiterhin ausüben würden. Mitteleuropas neue Rolle ließe sich verstehen wie die eines Puffers zwischen Moskau und Washington. Solange es keine einseitige Einflußnahme gestattet, wäre es in der Lage, Konfliktherde einzudämmen, die uns heute ernste Sorgen bereiten. . . .

Unsere Forderung nach einer Friedenszone Mitteleuropa ist nur zu verwirklichen, wenn die USA, die UdSSR, Großbritannien und Frankreich ihr zustimmen. Deshalb kommt es darauf an, sie davon zu überzeugen, daß die Konzeption in ihrem eigenen Interesse liegt. Dies erscheint nur möglich, wenn man von den folgenden beiden Prämissen ausgeht:

1. Vereinbarung eines internationalen Gewaltverzichts. Abzug aller fremden Truppen mit samt ihren Ausrüstungen aus der Friedenszone. Einleitung gemeinsamer Maßnahmen gegen Subversion und Terrorismus.
2. Respektierung der Friedenszone durch die Großmächte. Für die Garantie der Sicherheit Mitteleuropas wären ihnen Überwachungs- und Kontrollmöglichkeiten einzuräumen, mittels derer sie am Krisenmanagement der mitteleuropäischen Staaten teilnehmen könnten. Hierfür böten sich gemeinsame Kommissionen an, die in einer Übergangsphase noch aus den Stäben der NATO wie des Warschauer Paktes gebildet würden.

Quelle: Jochen Löser/Ulrike Schilling, Neutralität für Mitteleuropa. Das Ende der Blöcke, Bertelsmann Verlag, München 1984, S. 9, 107f., 142f., 148f., 153f.